Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 113. Mittwoch, den 18. Mai 1921. 28. Jahrgang.

Eine Luftfahrtnote der Entente.

TU. Berlin, 18. Mai. Halbamtlich wird gemeldet: Die Interalliierte Luftfahrtkontrollkommission hat unter dem 13. Mai folgende Note an das Auswärtige Amt gerichtet:

Nachdem die deutsche Regierung das Protokoll von London vom 5. Mai 1921 angenommen hat, durch das die Entscheidungen der alliierten Regierungen bestätigt worden sind, die der Vorsitzende der interalliierten Konferenz von Paris am 29. Januar 1921 an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation gerichtet hat und von der eine Abschrift beigefügt ist, ersuche ich Sie, vor dem 18. Mai diejenigen Maßnahmen wissen zu lassen, die Sie ergriffen haben, um die Durchführung der Bestimmungen zu sichern, die in den Nummern 1, 2, 3 und 5 dieser Entscheidungen hinsichtlich des Luftfahrtwesens enthalten sind. Ich nehme Vermerk von der Zahlung der 25 Millionen durch die deutsche Regierung, auf die sich Nr. 4 der Entscheidungen bezieht. Was den letzten Absatz der Entschädigungen der alliierten Regierungen betrifft, so werde ich Ihnen binnen kurzem die Begriffsbestimmungen mitteilen, die von den alliierten Mächten aufgestellt sind und die zur Unterscheidung der Zivillustfahrt von der durch Artikel 198 des Friedensvertrages untersagten Militärlustfahrt dienen sollen.

1. Die Nachforschungen nach versteltem Material sind von der deutschen Regierung zu erleichtern; alle in Artikel 202 vorgesehenen Ablieferungen müssen vor dem 15. Mai 1921 beendet sein.
2. Deutschland muß die Ausführung der Entscheidung von Boulogne sicherstellen, nach der die Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrtmaterial erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden darf, an dem die interalliierte Luftfahrtkontrollkommission anerkannt haben wird, daß der Artikel 206 vollständig ausgeführt ist.
3. Deutschland muß die für die Zerstörung von Zeppelinen verlangte Entschädigung leisten. Die Einzelheiten dieser Entschädigung werden durch einen besonderen Vertrag bestimmt.
4. Deutschland muß vor dem 31. Mai 1921 die Summe von 25 Millionen Mark zahlen.
5. Deutschland muß die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 8. November 1920 befolgen, nach der die Verwendung von Flugzeugen bei seinen Polizeiformationen untersagt wird. Um die Anwendung des Artikels 198 des Vertrages, der den Besitz aller Luftstreitkräfte für Heer und Marine untersagt, sicherzustellen, muß Deutschland außerdem diejenigen Begriffsbestimmungen anerkennen, die von den alliierten Regierungen aufgestellt werden, um die zivile Luftfahrt von der durch Artikel 198 verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Die alliierten Regierungen werden sich durch ständige Ueberwachung darüber versichern, daß Deutschland diese Verpflichtungen erfüllt.

Die deutsche Antwortnote.

TU. Berlin, 18. Mai. Das Auswärtige Amt hat die Note der Kontrollkommission wie folgt beantwortet:

In ihrer Note vom 13. Mai fordern Sie, daß Ihnen bis zum 18. Mai die Maßnahmen mitgeteilt werden, die die deutsche Regierung ergriffen hat, um die Durchführung der Vorschriften zu sichern, die in den Nummern 1, 2, 3 und 5 der Luftfahrtklausel vom 29. Januar 1921 enthalten sind. Ich beehre mich, dazu folgendes zu bemerken:

1. Die deutsche Regierung wird bemüht sein, daß in Deutschland noch versteckte Luftfahrtgerät mit größter Beschleunigung zu erfassen; sie wird die Nachforschungen der Kontrollkommission nach solchem Gerät in jeder Weise erleichtern und ist bereit, deren etwaigen Wünsche in jeder Hinsicht zu berücksichtigen.
2. Werden in kürzester Zeit gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, um die Ausführung der Entscheidung von Boulogne über die Herstellung und Einfuhr von Luftfahrtgerät sicherzustellen.
3. Die deutsche Regierung wird die für die Zerstörung von Zeppelinen geforderte Entschädigung leisten und sieht der Uebersendung eines entsprechenden Vertragsentwurfes entgegen.
5. Die deutschen Polizeiformationen sind nicht im Besitz von Flugzeugen und werden auch in Zukunft nicht mit solchen ausgestattet werden.

Die deutsche Regierung wird die Begriffsbestimmungen anerkennen, die von den alliierten Regierungen aufgestellt werden, um die Zivillustfahrt von der durch Artikel 198 verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden.

Der polnische Aufruhr vor dem Zusammenbruch.

Oppeln, 17. Mai.

Der polnische Exekutiv-Ausschuß, an dessen Spitze Korfanty steht, hat an die interalliierte Kommission in Oppeln ein Telegramm folgenden Inhalts gerichtet:

Oberschlesien hat sich zwölf Tage lang im Aufstand befunden. Das polnische Volk hat niemals den Anspruch erhoben, durch Gewalt zu triumphieren, aber es hat sein Leben für seine heiligen Rechte hingeben. Der Ausschuß gibt zu, daß in der Leidenschaft des Aufstandes die Grenzen der Klugheit überschritten worden sind. Aber unsere begeisterten Streitkräfte sind nunmehr bereit, einen Rückzug anzutreten, klug genug, um zuzusichern, daß die Feindseligkeiten mit den Deutschen sofort aufhören, vorausgesetzt, daß das Gebiet, das sie räumen, von alliierten Truppen und nicht von deutschen Truppen besetzt wird. Wir werden keinen Zoll Boden an die Deutschen überlassen. Wir bitten demgemäß daß die geräumte Zone von den Alliierten besetzt werde, sodaß die polnische Bevölkerung nicht unter Vergeltungsmaßregeln zu leiden hat, wie sie bereits vorgekommen sind.

Um die Lösung.

Das englisch-französische Mißverständnis.

TU. London, 18. Mai. Am Ende der vergangenen Woche hat ein Gedankenaustausch zwischen der englischen und französischen Regierung in der oberschlesischen Frage stattgefunden. Briand ist von dem englischen Standpunkt völlig unterrichtet worden. In offiziellen Kreisen erklärt man, daß das Mißverständnis in dieser Richtung, wie es in der beleidigten Haltung der französischen Presse zum Ausdruck kam, bereits in bedeutendem Maße aus dem Wege geschafft worden ist. Briand begreift sehr wohl, daß England und Frankreich in dieser Angelegenheit jedes einen anderen Standpunkt einnehmen müsse. Das letzte Wort müsse im Obersten Rat gesprochen werden, da Oberschlesien keine Angelegenheit ist, die England und Frankreich allein betrifft.

Frankreichs Auffassung.

TU. Paris, 18. Mai. Eine hier gestern nachmittag eingetroffene Reutermeldung bezeichnet es als wahrscheinlich, daß die nächste Konferenz des Obersten Rates zur Lösung der oberschlesischen Frage am kommenden Sonnabend in Paris stattfindet. In hiesigen politischen Kreisen hegt man jedoch Zweifel hierüber. Man weist darauf hin, daß Briand unzweideutig erklärt hat, Frankreich wünscht jede Ueberraschung bei der Lösung der oberschlesischen Frage zu verhüten und man hält es für wenig wahrscheinlich, daß die französische Regierung geneigt sein wird, sich auf einen so nahen Termin einzulassen.

Italienische Zurückweisung.

TU. Rom, 18. Mai. Die „Idea Nazionale“ fragt: Was hat Frankreich zu erlauben oder nicht zu erlauben? Frankreich hat genau wie die übrigen Signatarmächte den bestehenden Vertrag auszuführen.“ — Der Berliner Vertreter des „Popolo de Romano“ hatte eine Unterredung mit Korfanty, den er als den Typ des brutalen Pferdehändlers schildert und der ihm den Grund der italienisch-polnischen Zusammenstöße aus der Tatsache zu erklären suchte, daß die Freundschaft zwischen den polnischen und französischen Offizieren die Abneigung der Italiener hervorgerufen habe.

Lloyd George und Briand.

TU. Zürich, 17. Mai. Der „Corriere della Sera“ nennt die Rede Lloyd Georges über Oberschlesien ein kategorisches Halt, das alles eher als ein improvisierter oder impulsiver Szenenwechsel sei. Lloyd George benütze dabei freilich die sich bietende Gelegenheit, die in dieser Frage einmütige öffentliche Meinung Groß-Britanniens seiner Politik dienstbar zu machen. Das Entgegenkommen Englands gegen Frankreich sei mit dem Ultimatum erschöpft und die Abkehr von der französischen Auffassung werde durch das neuerwachte Interesse Amerikas für die europäische Politik erleichtert. Briands Antwort findet der „Corriere della Sera“ ausweichend. Den Worten Briands fehle der Gehalt, und mancher seiner Beweisgründe sei unzutreffend. Wenn Briand erkläre, die Duldung einer deutschen Aktion in Oberschlesien würde eine Verletzung des Versailler Vertrages bedeuten, so könne man erwidern, daß der Versailler Vertrag in Oberschlesien seit dem 2. Mai verletzt sei. Die Meinungsverschiedenheiten der beiden Ministerpräsidenten machten eine baldige Zusammenkunft des Obersten Rates notwendig.

Das Ergebnis der italienischen Wahlen.

TU. Paris, 18. Mai. „Information“ vernimmt über das Ergebnis der italienischen Wahlen: Man erwartet, daß in der neuen Kammer die Anzahl der sozialistischen Sitze von 156 auf 90 sinken wird, die der Volkspartei von 100 auf 90, die der Kommunisten erhöht sich von 10 auf höchstens 15, die der Nationalisten von 20 auf 30, die der Republikaner von 6 auf 10. Die anderen Sitze werden durch die Demokraten, Liberalen und Mittelparteien besetzt. Der nationalistische Block wird also 240 bis 285 Sitze haben.

Die italienischen Minister sämtlich wiedergewählt.

TU. London, 18. Mai. Laut den letzten Berichten sind Giolitti und die übrigen Minister sämtlich wiedergewählt.

Der Klärung entgegen.

Dr. L. Lübeck, 18. Mai.

Seit der Annahme des Ultimatums vollzieht sich die politische Entwickelung mit solcher Schnelligkeit und Folgerichtigkeit, daß in kürzester Zeit Klärung und Entscheidung über das Schicksal Mitteleuropas eintreten muß.

War die Unterwerfung unter die Londoner Forderung auch ein Sprung ins Dunkle, so ist doch heute schon festzustellen, daß es nicht nur das einzig Mögliche, sondern auch das einzig Richtige war. Wir waren nie Pessimisten in der Einschätzung der Absichten der Entente, und wir haben stets die etwas bequeme Meinung bekämpft, daß der Alliierten einzige Absicht die absolute Vernichtung Deutschlands sei. Aber daß so schnell unsere Auffassung sich bestätigen, daß so schnell der Erfolg den vielgeschmähten „Jasagern“ Recht geben würde, das übertrifft unsere Erwartungen und ist deshalb doppelt erfreulich.

Bisher war die Lage auf der Seite unserer Vertragsgegner so, daß sie zwar formell Frieden hatten, in Wirklichkeit aber den definitiven Abschluß des Krieges nicht schriftlich und tatsächlich vor sich sahen. Denn schließlich ist auch der Friedensvertrag von Versailles nur ein leerer Inhalt, und erst die Londoner Beschlüsse ergänzten ihn zu einem brauchbaren Werkzeug. Psychologisch standen also sämtliche Alliierten noch im Banne der unbedingten Kriegsgegnerschaft gegen Deutschland, solange sich dieses weigerte, den ihm diktierten Frieden formell und tatsächlich in allen Punkten anzuerkennen. Dieser Bann einigte die Ententemächte, und es vereinigte sie zu dem festen Bestreben, den blutigen Krieg mit einem klingenden Frieden zu beschließen. Der Verwirklichung dieses unerschütterlichen Planes stand nichts im Wege als ein fortwährendes Gejammer und Gestöhne Deutschlands, daß die Bedingungen zu hart seien. Waren die vielen deutschen Noten auch auf den Ton gestimmt, daß Deutschland den besten Willen habe, mit seinen Leistungen bis an die äußerste Grenze des Möglichen zu gehen, so hörten die Vertragsgegner vor allem nur das Nein, und ihre mannigfachen Sonderinteressen hintan stellend, vereinigten sie sich immer aufs Neue zu dem Entschluß, den Willen von Versailles doch durchzusetzen. Das war natürlich die Sackgasse, die jede Weiterentwickelung der politischen Lage ausschloß, und in der vor allem statt der vielen wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten Mittel- und Westeuropas, der alten und der neuen Welt, der blinkende Säbel und damit die glänzende Unvernunft das Wort führte.

Das deutsche Volk redete während der vergangenen Monate beständig von den ebenfalls bedrohten Wirtschaftsinteressen Englands, Italiens usw. vergaß dabei aber ganz und gar, daß diese Länder solange gar nicht an ihren eigenen Vorteil denken konten, bevor nicht endgültig der Krieg liquidiert war; bevor nicht endgültig die Tatsache in der Welt feststand, daß Deutschland mit seiner Niederlage sich abgefunden und sich entschlossen vom Wilhelminismus und dem Ludendorffungeist abgekehrt hatte.

Das war die Tat, die die Gegner von Deutschland forderten, die die gesamte Kulturwelt erwartete, und die auf das Gebietendste vorgeschrieben war von dem eigenen Schicksal und von der Kulturmission, die das deutsche Volk hatte und haben wird, solange es als solches besteht. Der Entschluß zur Tat ist immer schwer; doppelt schwer deshalb, weil die Geister der Mittelmäßigkeit sich sträuben, ihre faulen und fetten Denkgeleise zu verlassen; dreifach schwer, weil entschlossene Umstellungen stets neue Zeit künden und damit auf den Trägheitswiderstand der Satten im Magen und der Armen im Geiste stoßen.

Die Sozialdemokratie hat trotzalledem die Kraft zu diesem Entschluß gefunden; bewußt war sie sich dabei, daß dieser Entschluß zur Tat eine ungeheure Aufgabe in sich schließt. Die Aufgabe nämlich, was die Revolution begonnen hat, rücksichtslos durchzuführen; für eine endgültige Revolutionierung und Umstellung des Geistes zu sorgen, schon in der Schule, und damit die erste und unerläßliche Grundlage zu schaffen für eine wirklich bessere Zukunft. Spätere Zeiten werden in diesem Zusammenhang den 13. Mai vielleicht als die Fortsetzung des 9. November werten.

Ist unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, die Wut der gegenrevolutionären Parteien über die Annahme des Ultimatums nicht verständlich? Und ist ihre doppelte Wut über

die unzweifelhaften Erfolge der Annahme nicht selbstverständlich? Nach der Annahme hätte man es dem deutschen Volke so gerne gegönnt, wenn die Franzosen doch marschiert wären. Dann hätte man wenigstens eine kleine nachträgliche Bestätigung gefunden für die geradezu landesverräterische Stellungnahme in der Frage der Ruhrbesetzung. Wer sich nochmals der Qual unterziehen will, die letzten Nummern der „Lüb. Anz." vor Pfingsten einzusehen, der wird jeden Tag Meldungen im Tone eines Unteroffizierpatrouillenführers im Manöver finden von dem Vormarsch Fochs und dem Einmarsch der Franzosen. Wohlverstanden, nachdem es längst feststand, daß die Franzosen keinen Fußbreit vorgerückt waren! Nur um die ländlichen Leser, die keine andere Zeitung zu Gesichte bekommen, auf das schändlichste zu verhetzen; und nur, um der stillen Hoffnung Genüge zu tun, daß die Franzosen doch noch kommen. Wer malt die ungeheure Enttäuschung aus, darüber, daß sie ausgeblieben sind, darüber, daß der großartige Hetz- und Agitationsstoff sich nicht eingestellt hat?

Endlich einmal, zur Freude aller Freunde des Weltfriedens, ist die Entwickelung der Völkerbeziehungen um einen Schritt weiter gediehen; heraus aus militaristischer Unvernunft und nationalistischer Verblendung. Das ist der erste Erfolg der Annahme des Ultimatums, und die weiteren Folgen sind noch nicht abzusehen. Die Entente cordiale, das herzliche Einvernehmen, ist in größter Gefahr; gegenteilige Interessen beginnen sich zu regen, nachdem der Bann der absolut deutschfeindlichen Kriegspsychose gelöst ist. Seit dem 12. Mai ist die Konstellation nicht mehr Deutschland gegen die ganze übrige Welt, sondern es beginnen eine Reihe von weltumwälzenden Fragen ihren gordischen Knoten vorzuweisen und die bisher so einfache deutschfeindliche Formel zu verwirren.

Allerdings setzen mit diesen ersten Anzeichen auch schon die bekannten deutschen überschwenglichen Erwartungen ein, die Verwickelungen wegen der Weltherrschaft zwischen England und Amerika voraussehen oder einen Kampf um den Stillen Ozean zwischen Japan und Amerika ankündigen. Wie wenig der Deutsche doch die englische Politik kennt! England wird sich mit Amerika niemals so verfeinden, daß es seine Kanonen sprechen lassen muß. England setzt nur dann sein Leben aufs Spiel, wenn es um sein Leben geht. Und es geht nur dann um sein Leben, wenn der europäische Kontinent unter der Herrschaft einer überragenden Macht steht. Diese Macht war Deutschland. Jetzt hat Frankreich das deutsche Erbe angetreten. Und wenn es vorläufig auch müde und ausgepumpt ist, mit dem volkreichen Polen zusammen kann es sehr wohl Europa auf die Dauer in Schach halten. England wittert am fernen Horizont Gefahr; entschlossen warf deshalb Lloyd George das Ruder auf die andere Seite. Jederman in London, Paris und Warschau weiß jetzt, woran er ist. Mögen noch so viele Versöhnungsworte ausgetauscht werden; das Wort ist gesprochen: England hat nicht deshalb die deutsche Gefahr bekämpft, um die französische dafür einzutauschen. Und es hat gewirkt, die Antwort Briands ist keine Fochiade, sondern ein Lavieren im Sinne Talleyrands. Frankreich hat nicht nur Degen, sondern auch Geist. Und es hat noch gewirkt bei Korfanty, der zum Rückzug bläst und damit den Zusammenbruch seines unsinnigen Unternehmens verkündigt.

Der Anfang zu Deutschlands Erlösung ist gemacht. Es gilt jetzt weiterzugehen auf den begonnenen Wegen. In Leipzig beginnen in einigen Tagen die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher; sie müssen rücksichtslos und unparteiisch durchgeführt werden. Wer sein gutes Gewissen hat, der wird Gerechtigkeit nicht fürchten; und für jene Militaristen, die im Dünkel ihrer Macht schamlos den deutschen Namen geschändet haben, ist keine Strafe zu hoch.

Und in Bayern sind noch hunderttausende von Gewehre in der Hand der Orgesch. Die Regierung wird auch da zeigen müssen, ob es ihr Ernst ist mit der Erfüllung.

Diese beiden Punkte sind die ersten Prüfsteine für den guten Willen Deutschlands. Beschwören möchten wir Wirth, an ihnen nicht zu scheitern. Sonst ist alles wieder verloren. Sonst sind die jetzigen Ansätze zu einer Aenderung im Kurs der Weltpolitik im Keime vernichtet. Sollte die Aufgabe und der Weg der neuen Regierung auch schwer sein, er führt aufwärts. Und wenn es auch zunächst den Anschein hat, als ob das Chaos größer und größer wird, es ist das nur ein notwendiges Durchgangsstadium auf dem Wege zur endgültigen Klärung.

Der Einspruch des Deutschen Lehrervereins gegen den Reichsschulgesetzentwurf.

TU. Stuttgart, 17. Mai. Der Deutsche Lehrerverein hatte, wie bereits kurz berichtet, auf seiner am 15. ds. Mts. in Stuttgart gehaltenen Tagung den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146, Absatz 2 in schärfster Form eine Absage erteilt. In der ausführlichen Entschließung wird besonders betont, daß der Entwurf unter der harmlosen Benennung Bekenntnisschule eine völlige Verkirchlichung des Volksschulunterrichts herbeiführen und die Einheit des deutschen Volksschulwesens und damit die Einheit und Freiheit des Lehrerstandes vernichten würde. Die weltliche und Weltanschauungsschule in dem Entwurfe sei ein bloßes Schaugericht, um die Verkirchlichungsbestrebungen zu verdecken. Der Schlag richte sich gegen die Simultanschule und damit gegen diejenige Schule, die berufen erscheint, eine Volks- und Staatserziehung auf gemeinsamer Grundlage zu schaffen. Der gegenwärtige Entwurf hebe auch die Wirkungen des Grundschulgesetzes auf und schaffe grundsätzlich verschiedene Rechte für die Grund- und Volksschule einerseits und die mittleren und höheren Schulen andererseits.

Ausführungsbestimmungen zur Entwaffnung.

Als Vorsitzender der interalliierten Militärkommission ließ General Nollet am 12. Mai dem Direktor der Friedensabteilung im Auswärtigen Amt folgende Note zugehen, in der die Ausführungsbestimmungen zur Londoner Note vom 5. Mai, soweit sie die Entwaffnung betreffen, enthalten sind. Im Abschnitt 2: Waffen, die von der Bevölkerung herrühren, heißt es: a) Die Ablieferung dieser Waffen muß wirksam betrieben werden, um vor dem 10. Juni d. J. vollständig beendet zu sein. b) Ausrüstung der Landbefestigungen: Die nicht genehmigten Kanonen und diversen Waffen sowie das Kriegsgerät jeder Art müssen vor dem 31. Mai vollständig abgeliefert sein. Die eine Ablieferung vor diesem Zeitpunkt vorschreibenden Befehle müssen der Kommission spätestens am 20. Mai mittags 12 Uhr mitgeteilt werden. c) Ausrüstung der Küstenbefestigungen: Die uneingeschränkte Anerkennung der von der Kommission genehmigten Zuweisungen muß dieser letzteren vor dem 20. Mai mittags 12 Uhr zugleich mit den für die Ablieferung des überschüssigen Materials gegebenen Befehlen mitgeteilt werden. Die Ablieferung der Kanonen, Waffen und jeder Art von Material, das über diese Zuweisungen hinausgeht, muß vor dem 10. Juni vollständig beendet sein.

Die Auflösung aller Selbstschutzorganisationen muß nach den Bestimmungen der Pariser Note bis zum 30. Juni bewirkt werden. Um die rechtzeitige Kontrolle über diese Auflösung zu gestatten, muß eine Liste derjenigen Organisationen, die die deutsche Regierung in Anwendung des Gesetzes vom 22. März aufzulösen beabsichtigt — eine schon mit Brief vom 9. April dieses Jahres unter Nr. 1492 verlangte Liste — der Kommission vor dem 31. Mai mitgeteilt werden.

Diejenigen Waffen- und Munitionsablieferungen, die, den Bestimmungen der Pariser Note entsprechend, vor dem 31. März hätten bewirkt werden müssen, müssen wirksam betrieben werden, und zwar derart, daß sie vor dem 10. Juni vollständig beendet sind. Der Rest der Waffen und Munition ist, wie in der Pariser Note vorgesehen, zum 30. Juni abzuliefern. Wie bereits dargelegt, ist bei der Ablieferung die Herkunft der abgelieferten Waffen anzugeben, und zwar so, daß jede Verwechslung zwischen den Waffen, die von der Bevölkerung herrühren und denjenigen der Selbstschutzorganisationen, der Polizei und des Heeres vermieden wird.

Die Stärke der Polizei muß mit den Bestimmungen der Noten von Boulogne (22. Juni 1920) und Paris (29. Januar) in Einklang gebracht werden.

Die Stärke des Heeres ist auf 100 000 Mann festgesetzt.

Die Beschaffung von 1 000 000 000 Goldmark in 25 Tagen.

In Ziffer 5 des Ultimatums hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, innerhalb 25 Tagen eine Milliarde Goldmark in Gold oder anerkannten Devisen oder in deutschen Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit zu bezahlen. In Ausführung dieser Verpflichtung bot die deutsche Regierung entsprechend ihrem Vorschlag in dem Vermittlungsantrage an die amerikanische Regierung der Reparationskommission zunächst die sofortige Zahlung von 150 Millionen Goldmark fast ganz in ausländischen Devisen an. Sobald die Reparationskommission die Empfangsstelle benannt hat, werden 150 Millionen Goldmark überwiesen werden. Vor Ablauf der 25tägigen Frist, also Ende Mai, wird der Reparationskommission eine weitere Zahlung in bar, der Rest in deutschen Schatzanweisungen, geleistet werden — Wie wir hören, sind Dispositionen getroffen, welche die Einlösung dieser Schatzanweisungen innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraumes sicherstellen.

Wenn Sozialisten regieren.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Einige Zahlen über den bisherigen Verlauf der Entwaffnungsaktion im Freistaat Braunschweig, wo bekanntlich seit langem eine sozialistische Landtagsmehrheit und ein rein sozialistisches Ministerium besteht, dürften die deutsche Oeffentlichkeit interessieren. Es sind — um nur die wichtigsten Arten von Schußwaffen anzuführen — bis jetzt erfaßt und abgeliefert worden:

21 000 Gewehre,
100 Maschinengewehre,
300 000 Schuß Munition.

Da die Gesamtbevölkerung des Freistaats nur rund 450 000 Personen, darunter etwa 55 000 Wehrfähige, umfaßt, so ergibt sich, daß auf jeden 23. Einwohner (Frauen, Kinder und Greise mitgerechnet) und fast auf jeden zweiten Wehrfähigen ein eingesammeltes Gewehr entfällt. Die erfaßten und vernichteten Gewehre hätten zur Bewaffnung eines kriegsstarken Armeekorps ausgereicht. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1919 der Reichswehrgeneral Maerker im Freistaat bereits eine Entwaffnung durchgeführt hatte.

Abgesehen von den Waffenfunden bei Helmstedt und Frellstedt, wo Einwohnerwehrleute ihre Gewehre und Handgranaten in Kisten vergraben hatten, sind größere Waffenlager im Staatsgebiet nicht festgestellt worden. Nach vorliegenden Meldungen sollen illegale Waffen zum Teil ins Preußische geschafft worden sein, da die Betreffenden zu der Ueberzeugung gekommen waren, „daß im Freistaat Braunschweig für derartige Depots keine genügende Sicherheit bestehe."

„Geborene" Führer der Republik.

Die „Kreuzzeitung" fühlt sich bemüßigt, von einem sogenannten „Adelstag" Notiz zu nehmen, der am 12. Mai in Berlin getagt hat. Die dort angenommene Entschließung, ein Sammelsurium abgedroschener nationalistischer Redensarten, zeugt von der Geistesarmut der Versammlung, und ein kräftiger antisemitischer Einschlag läßt darauf schließen, daß auch das Geschlecht des berühmten Dreschgrafen Pückler noch nicht ausgestorben ist. Das ganze Geschwätz wäre nicht der Erwähnung wert, wenn sich nicht darin folgender Satz fände:

„Mehr als bisher müssen die nationalen Parteien geborene Führernaturen aus unseren Reihen in führende Stellungen und besonders auch in die Parlamente bringen."

Das zwingt zu der Frage, wo und wie sich der Beruf des Adels zur Führung der Nation erwiesen hat. Eigentlich sollte man annehmen, daß aus einer Gesellschaftsschicht, der nichts fehlt, um ihren Angehörigen mühelos alle Früchte der Bildung und Kultur zu vermitteln, eine erhebliche Zahl besonders leistungsfähiger Persönlichkeiten hervorgehen müßte. In Wirklichkeit sind adelig Geborene, die sich freigemacht haben von Standesdünkel und agrarischen Klasseninteressen, seltener als weiße Raben, und das geistige Unvermögen ist in jenen Kreisen geradezu erschreckend. Seit Bismarck, der in gründlicher Verachtung seiner Standesgenossen und im Kampf gegen sie lebte, hat der deutsche Adel keine Gestalt von mehr als Normalwuchs hervorgebracht. Der Durchschnittsaristokrat — es gibt auch gern gesehene Ausnahmen — ist ganz einfach ein politischer Trottel, und wenn er nicht nur Aristokrat, sondern dazu noch Offizier a. D. ist, so gibt es nur einen Ausdruck für ihn, den eines gemeingefährlichen Idioten.

Das Trucksystem in Sowjetrußland.

Bauern und Arbeiter.

Die Moskauer „Prawda" hat vor einigen Tagen eine in gewundenem Stile gehaltene Erklärung der Bedeutung der letzten Wirtschaftsdekrete der Sowjetregierung veröffentlicht.

Die Naturallieferung der Bauern wird, wie bereits vor einigen Wochen gemeldet, durch eine Steuer ersetzt, die die Bauern verpflichtet, halb so viel Korn, wie bisher, zu liefern. Die Naturallieferungen hatten dem Bauer, so heißt es, dessen Wirtschaft durch den Krieg allzu stark erschöpft sei, zu große Lasten aufgebürdet, weshalb die Ablösung durch die leichtere Steuer notwendig geworden sei. Da dem Arbeiter diese Ablösung nicht zugute gekommen wäre, so führe das zweite Dekret für ihn die Naturalprämiierung ein, d. h. der Arbeiter erhält einen Teil der von ihm produzierten Erzeugnisse zum Zweck des Eintauschens landwirtschaftlicher Produkte ausgeliefert. Da nun nicht alle Fabrikate sich zu solchem Zwecke unter die Arbeiter verteilen lassen, so bestimmt Punkt 4 dieses Dekretes, daß die Arbeiter in ihrer freien Zeit das Recht haben, auf unbenutzten Drehbänken allgemein gebräuchliche Gegenstände herzustellen, die dem Austauschfonds zugeführt werden.

Da das Material, aus dem diese Gegenstände hergestellt werden sollen, nicht erwähnt wird, so ist anzunehmen, daß der Staat es liefern wird und der Arbeiter nur die Herstellung leisten soll. Im geheimen und ungesetzlich wurde das bereits seit 2½ Jahren in den Fabriken getan. Das Dekret legalisiert mithin nur eine bereits bestehende Tatsache. Um den Bauer sowohl als den Arbeiter bei diesem Tauschhandel vor Ausbeutung durch den Zwischenhändler (Spekulanten) zu schützen, wird schließlich die Konsum-Genossenschaft dekretiert, die durch besondere Organisationen den Warenaustausch zwischen Bauern und Arbeitern vermittelt. Auf diese Art sollen die Interessen der Arbeiter und Bauern nicht einander entgegengestellt, sondern geeinigt werden.

Sorgen der Republik.

Seit 2½ Jahren leben wir bekanntlich in einem freien Volksstaat mit einer republikanischen Verfassung; aber die reaktionären Beamten und Offiziere sorgen von Zeit zu Zeit dafür, daß die Erinnerung an die „herrliche alte Zeit" nicht untergeht. So veröffentlichen die „Blätter für Post und Telegraphie", die Zeitschrift der höheren Post- und Telegraphenbeamten folgende Standeserhöhungen und Ordensverleihungen:

Verliehen: Der Charakter als Oberstleutnant dem P. D. Major a. D. Plathner in Haspe, dem P. D. Zacher in Forsten.

Der Charakter als Major dem P. R. Hauptmann d. R. a. D. Franz Hoffmann in Berlin (R. P. M.), dem P. D. Ogroske in Breslau (Pk. P. A.), dem P. D. Hauptmann d. R. a. D. Schacht in Altona (Elbe).

Der Charakter als Major und die Erlaubnis zum Tragen der früheren Uniform: dem T. R. a. D. Major d. R. a. D. Werrmann in Langfuhr, dem P. D. Hauptmann d. L. a. D. Hanninger in Frankfurt a. M., dem T. D. Hauptmann d. L. a. D. Stauche in Oschersleben, dem P. D. Hauptmann d. D. a. D. Kläger in Nowawes.

Das Eiserne Kreuz 1. Klasse dem P. D. Reinhold Müller in Leipzig, dem P. D. (früheren Armeepostinspektor) Martin Hoffmann in Potsdamm O. P. D.

Die Preußische Rote Kreuzmedaille dem Präsidenten der Oberpostdirektion Milkau in Darmstadt.

Die Rote Kreuzmedaille 3. Kl. dem P. D. Ogroske in Breslau.

Das Mecklenburg-Schwerinsche Militärverdienstkreuz zweiter Klasse dem Postreferendar Hans Martens in Berlin-Schöneberg (verspätet mitgeteilt).

Das Dienstauszeichnungskreuz für 25jährige aktive Militärdienstzeit dem P. D. Major a. D. Plathner in Haspe (verspätet mitgeteilt))).

Es ist ein erhebendes Bewußtsein, erleben zu dürfen, daß dem Verdienst auch heute noch seine Krone wird. Dieser grobe Unfug spielt sich unter den Augen der Spitzen der republikanischen Behörden, des Chefs der Heeresleitung General v. Seeckt, des Reichspostministers Giesberts u. a. „Vertreter der Republik" ab.

Den Humor nicht verlieren.

Wie groß muß ein Offiziersnachtgeschirr sein?

Unter der Ueberschrift „Ein politisches Nachtgeschirr" veröffentlicht das „Kölner Tageblatt" folgendes Schreiben des Bürgermeisteramtes Sormagen an das Reichsvermögensamt Krefeld: „Am 19. vorigen Monats wurden vom dortigen Amt mit Waggonladung 12 Kohlenkästen, 13 Feuereisen und ein Nachtgeschirr für den Kapitän Aspeslach geliefert. Das Nachtgeschirr, das 1½ Liter faßt, war für den Kapitän zu klein. Der Kapitän beschwerte sich deshalb beim Kantonnementskommandanten, und ich hatte mich bei meiner Vernehmung durch einen Offizier der „Suretee militaire" über die Mißachtung eines belgischen Offiziers, begangen durch die Lieferung eines zu kleinen Nachtgeschirrs, zu äußern. Von einer Strafverfolgung wurde Abstand genommen, da ich die Lieferung den Bedürfnissen des Offiziers entsprechenden Nachtgeschirrs zusicherte. Es wurde infolgedessen ein Nachtgeschirr, das 2½ Liter faßte, besorgt. Dies genügte. Es dürfte zweckmäßig sein, von dem den belgischen Offizieren gebührenden Maß der Nachtgeschirre Kenntnis zu nehmen, um zu vermeiden, daß durch zu kleine Gefäße dieser Art Anstoß erregt wird."

So weit das Schreiben des Bürgermeisteramtes . . .

Die Notlage der deutschen Schulen in Polen.

TU. München, 17. Mai. In einer Versammlung des Landesverbandes Bayern des Vereins für das Deutschtum im Auslande sprach am Pfingstsonnabend der von der polnischen Regierung ausgewiesene frühere Leiter der deutschen Schulorganisationen in Bromberg, Lyzealdirektor Treut, über die Vergewaltigung des Deutschtums durch den polnischen Staat. Damit die Deutschen in der früheren Ostmark ausharren und nicht auswandern, müsse ihnen die Heimat, auch Bayern und die übrigen Staaten Süddeutschlands, moralische und materielle Hilfe zukommen lassen. In erster Linie müssen die deutschen Schulen in Polen durch Volksspenden der Heimat unterstützt werden.

Eine französische Anleihe in Amerika.

TU. Amsterdam, 18. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Eine französische Anleihe von 100 Millionen Dollar wird bald in den Vereinigten Staaten zustande kommen. Die Verhandlungen zwischen dem Finanzminister und dem Vertreter der Morganbank sind bereits abgeschlossen.

Wiedererscheinen der „Nowoje Wremja".

Die seit 1869 in Petersburg erscheinende nationaldemokratische Tageszeitung „Nowoje Wremja" (Neue Zeit), eine der größten und meistgelesenen Tageszeitungen Rußlands, war gleich nach der Uebernahme der Regierungsgewalt von den Bolschewisten unterdrückt worden. Sie wird jetzt aber wieder erscheinen und zwar in Belgrad. Wie uns gemeldet wird, sind alle Vorbereitungen für das Wiedererscheinen getroffen.

Um die Deutsche Volkspartei.

Die demokratischen Blätter machen lebhafte Propaganda für eine Erweiterung des gegenwärtigen Reichskabinetts durch Hinzunahme von Vertretern der Deutschen Volkspartei. Soweit wir wissen, hat die Deutsche Volkspartei den Eintritt in ein Kabinett Wirth ein für allemal abgelehnt. Sie hat hinzugefügt, daß selbst ein Kabinett Bauer ihr annehmbarer wäre. Was die Sozialdemokratie anbetrifft, so kennen wir in der Partei niemand, der jetzt noch geneigt wäre, mit der Deutschen Volkspartei zusammen zu regieren. Eine solche Kombination wäre vielleicht ernsthaft erwogen worden, wenn sie dazu dienen konnte, den feindlichen Einmarsch zu verhindern. Nach dem die Deutsche Volkspartei sich der Verantwortung für die Annahme des Ultimatums entzogen hat, ist eine Koalition mit ihr in der Sozialdemokratie von niemandem mehr in Frage gezogen worden. Die Kombination der „Roten Fahne" und ähnlich zuverlässiger Blätter über die Erweiterung der jetzigen Regierungskoalition dürften danach jeder Grundlage entbehren.

Parteitag der U. S. P. Bayerns.

TU. München, 17. Mai. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, teilte auf dem zu Pfingsten abgehaltenen Parteitag der USP. der Landessekretär Reichstagsabgeordneter Interleitner mit, daß die Partei durch die Spaltung fast genau die Hälfte der Mitglieder verloren habe. Abg. Gareis warnte davor, den Leuten durch religionsfeindliche Agitation ins Gesicht zu schlagen, weil man mit der Tatsache rechnen müsse, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung zum kirchlichen Staat und zur Religion bekenne. Zu einem Antrag auf Einleitung einer Aktion für die Sozialisierung der Monopolbetriebe und des Grundbesitzes erklärte ein Redner, daß bei jeder Gelegenheit nach der Aktion gebrüllt werde, wenn es aber darauf ankomme, sei niemand da, der hinter ihr stehe, und die Masse sei nicht gewillt, sich dafür einzusetzen. Die Arbeiterschaft sei müde geworden. Ein Vertreter aus Hof bemerkte, daß der eigentliche Arbeiter bei den Aktionen immer die Prügel bekommen habe. Während die Spitzel immer rechtzeitig verschwunden seien. Zur inneren politischen Lage wurde eine Entschließung angenommen, welche die Aufhebung der Einwohnerwehr verlangt.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 18. Mai.

Kommt zum Spielen.

Goldiger Sonnenglanz liegt auf Feld und Flur. Jugend heraus! Fort aus der Häuser Enge, aus dem Staub der Straßen! Eilt auf die Wiesen vor den Toren der Stadt, übt euren Körper in Frühlingsluft, im Frühlingssonnenschein! Regt im schnellen Lauf die Glieder, übt das Auge im fernen Ziel, daß es adlerscharf werde. Holt kräftig aus zu Wurf und Stoß! Der Wille ist's, der den Körper sich formet, der durch Uebung ihn strafft und schlankgliedrig bildet, Gewandtheit und Kraft ihm verleiht. Kraft ist der einzige Reichtum, den uns niemand nehmen kann. Kraft ist Gesundheit und Schönheit. Kraft kann Werte schaffen und aufbauen auf Trümmmern. Kraft führt hinauf! Jugend, die Zukunft der deutschen Volkskraft liegt in eurer Hand, „sie fällt mit euch, mit euch wird sie sich heben". Jugend, stellt euch ein zum Wettkampf auf grünem Plan! Meßt eure Kräfte, fühlt sie! Kraftvoll bedeutet höchste Lebensfreude, läßt stolz verzichten auf nichtigen Tand. Ihr Mütter, schickt eure Kinder hinaus. Auch die Mädchen, ja, diese ganz besonders, dann auch die Kleinen. Der jugendliche Körper bedarf zum Wachstum der Anregung durch reichliche Bewegung. Das Kind muß laufen, hüpfen, springen, muß tüchtig sich austummeln, wenn es recht gedeihen, wenn die volle Entfaltung seiner körperlichen Anlagen in einer schöner Wuchsform mit harmonischen Körperverhältnissen erreicht werden soll. Und Licht und Sonne sind den Kindern nötig. Seht doch um euch! Stolz breitet der Baum auf freiem Platze im Sonnenlichte gleichmäßig die Aeste aus, ein Bild der Schönheit und Kraft. Doch dürftig und krumm, mühsam den Lichtstrahl sich suchend, fristet er ein schwächliches Leben im engen Hofraum, umgeben von Mauern. Auch die Blumen lehren dasselbe. Herrlich prangend in bunten Farben, leuchten die Blumen des Feldes, und bleich sind alle Schattenblumen. Drum schickt die Kinder auf die Spielplätze, daß gesund sie sich baden in Licht und Sonne. Unter der Einwirkung der Sonnenstrahlen mehren sich die roten Blutkörperchen, die Quellen von Kraft, Gesundheit und Frohsinn. Bald werden die Hautdecken sich straffen und bräunen, und reichpulsierendes Leben wird durchscheinen. Nervenstärkend ist das Gefühl der Freude, das frisches Spiel bei gesunder Jugend auslöst. Hell klingt ihr frohes Jauchzen. Die rege Bewegung erfordert vermehrte Atmung, und diese wieder bewirkt ein größeres Wachstum der Lungen. Mütter, schickt eure Kinder! Mit blitzenden frohen Augen, wenn auch müde, werden sie abends zu euch heimkehren.

*

Der Ausschuß für Schülerwanderungen hat nach seinem Jahresbericht für 1920—1921 insgesamt 22 Ferienwanderungen, und zwar 4 halbtägige, 17 ganztägige und eine dreitägige, ausgeführt. 3724 Kinder nahmen an diesen Veranstaltungen teil. Die Zahl der Wandergruppen betrug 137, davon waren 71 Knaben- und 66 Mädchengruppen. Für die Kinder, die sich an eifrigsten an den Ferienwanderungen beteiligt hatten, wurde am 29. Dezember in Israelsdorf eine Weihnachtsfeier veranstaltet. Sie verlief aufs beste. Vom Verlag Albrecht u. Vorkamp wurde uns eine größere Anzahl Führer — „Ratzeburger See und Wakenitz" und „Von Lübeck bis an den Ostseestrand" — zur Verfügung gestellt. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Bücher kam den Ferienwanderungen zu gute. Unfälle und Erkrankungen kamen auf den Wanderungen nicht vor. Zur Durchführung der Ferienwanderungen vernotwendigte sich eine erhöhte Unterstützung durch die Oberschulbehörde. Sie bewilligte deshalb eine Beihilfe von 1500 Mark. Unsere Einnahmen betrugen 6573,05 Mk., die Ausgaben 6556,67 Mk., so daß am Schlusse des Geschäftsjahres (1. März) ein Ueberschuß von 16,48 Mk. vorhanden war. Zum Ausbau der Ferienwanderungen und zu einer wesentlichen Verbilligung derselben reichen die uns zur Verfügung stehenden Mittel nicht. Zugunsten der Ferienwanderungen veranstalteten wir deshalb unter Mitwirkung der „Nedderdütschen Speeldeel" am 8. Februar 1921 im Kolosseum einen Unterhaltungsabend, der eine gute Einnahme brachte. Das Werk der Jugendherbergen wurde im letzten Jahre ganz erheblich gefördert. Mehr als 70 Jugendherbergen bestehen jetzt im Gebiete der Nordmark (Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck, Nord-Hannover). Die Herbergsarbeit wurde neu organisiert. Auch von seiten des Lübecker Staates, sowie von hiesigen industriellen Betrieben sind den Jugendherbergen größere Zuwendungen gemacht worden. In den drei Lübecker Jugendherbergen übernachteten 1983 Jungwanderer (gegen 10072 im Vorjahre), und zwar in der Knabenherberge 1284, in der Mädchenherberge 284, in der Travemünder Herberge 415. Der Bericht schließt mit den Worten: „Wandern heißt leben. Das soll auch heute und in Zukunft der Leitgedanke bei unserer Arbeit sein."

Lübecks Schiffsverkehr im April. (Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes.) 1. Seeschiffsverkehr: Es sind im Hafen 118 Dampfer, 18 Segler und 10 Seeleichter, zusammen 146 (1920: 231) Handelsschiffe mit 25 119 (36 030) Reg.-Tonnen Raumgehalt angekommen und 117 Dampfer, 40 Segler und 16 Seeleichter, zusammen 173 (222) Schiffe mit 28 892 (36 566) Reg.-Tonnen Raumgehalt abgegangen. Ferner liefen 13 Schlepper ein und aus. Beladen waren einkommend 97 Schiffe oder 66,4 Proz. (80,3 Proz.) und ausgehend 118 Schiffe oder 68,2 Proz. (58,6 Proz). Von den 319 Fahrten aller ein- und ausgehenden Schiffe kamen auf deutsche Häfen 62, auf Memel 3, auf russische Häfen 4, auf finnische 32, auf schwedische 72, auf norwegische 11, auf dänische 120 und auf die Hochseefischerei 15. Dem Tonnengehalt nach entfielen auf inländische Häfen 10 612, auf Memel 531, auf russische Häfen 1520, auf finnische 9205, auf schwedische 14 696, auf norwegische 3355, auf dänische 12 622 und auf die Hochseefischerei 1470 Tons. Die deutsche Flagge führten 233, die memelsche 1, die russische 2, die finnische 21, die schwedische 23, die norwegische 4 und die dänische 35 Schiffe. Die eingebrachten Gütermengen beliefen sich auf 10 585 und die ausgeführten auf 20 268 Tonnen. Von der Gesamtladung kamen auf Deutschland 5123, auf Memel 232, auf Rußland 993, auf Finnland 6093, auf Schweden 12 246, auf Norwegen 843, auf Dänemark 5000 und auf die Hochseefischerei 323 Tonnen. 2. Binnenschiffahrtsverkehr: Auf dem Elbe-Trave-Kanal und auf der Trave verkehrten 138 (272) Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 37 350 (91 193) Tonnen; die 13 491 (34 139) Tonnen Güter herbrachten und 2814 (15 964) Tonnen Güter mitnahmen. Beladen waren einkommend 66 Schiffe oder 97,0 (86,3) Prozent und ausgehend 25 Schiffe oder 35,7 (62,7) Prozent.

-g. **Ein wunderbarer Film** von grandioser Wirkung, betitelt: „Katharina II. von Rußland", wird bis zum 23. Mai im Zentral-Theater in der Johannisstraße vorgeführt. Katharina, die deutsche Prinzessin von Anhalt-Zerbst, wurde als schwächliches und unschönes Mädchen von ihrer ehrgeizigen Mutter an den russischen Hof geführt und von Peter III. geehelicht. Das eigenartige Sittenleben des damaligen russischen Hofes mit seinen fanatischen Intrigen wird von ersten Kräften der Filmwelt meisterhaft dargestellt. Die Hauptpersonen von „Madame Dubarry", u. a. Reinhold Schünzel, sind vertreten. Als Katharina spielt glanzvoll Lucie Höflich, die gefeierte Berliner Schauspielerin. Der umfangreiche Film ist spannend in der Handlung, glänzend in der Ausstattung und durch die Massendarstellungen machtvoll auf den Beschauer einwirkend. Es ist stets lehrreich, Einblicke in das Leben und Treiben von bedeutenden herrschsüchtigen Personen zu erhalten, auch wenn sich die Handlung nicht genau mit dem geschichtlichen Vorgang deckt. Reinhold Schünzel hat sich hier auch als Regisseur einen bedeutenden Namen gemacht.

Ueber Pazifismus und die politischen Parteien spricht am Mittwoch abend in der Schiffergesellschaft auf Veranlassung der Deutschen Friedensgesellschaft Prof. Opet, Kiel. Prof. Opet, ein Vorkämpfer einer verständigen Friedenspolitik, hatte mit seinem Vortrage in Kiel und Flensburg einen großen Erfolg zu verzeichnen.

Nordische Woche. Die Verhandlungen über die Vorträge, die von führenden Männern des nordischen und deutschen Geisteslebens auf der Nordischen Woche gehalten werden sollen, sind schon erheblich gefördert, wenn auch noch nicht abgeschlossen. Es liegt nahe, daß manche Gelehrte sich nicht auf so lange Zeit binden wollen; ebenso klar ist es, daß im Standpunkt der Verhandlungen die Oeffentlichkeit nicht mit Behauptungen über feststehende Tatsachen gespeist werden kann, die nachher vielleicht sich nicht als zutreffend erweisen. Feste Zusagen liegen bisher von 3 schwedischen, 1 dänischen, 2 deutschen Gelehrten vor. Leider hat Selma Lagerlöf abgesagt, aber ihre volle geistige Anteilnahme an der Nordischen Woche ausgesprochen. Die Vorträge umfassen neben den volkswirtschaftlichen Themen, die in die Verhandlungen und Tagungen wirtschaftlicher Art hineinspielen, Religionswissenschaft, Philosophie, Kunst- und Kulturgeschichte, Literatur, allgemeine Zeitgeschichte, Bildungswesen. Die Vorträge selbst werden teils vormittags, teils nachmittags gehalten werden, die Anzahl wird jedenfalls insgesamt nicht unter 10 bis 12 betragen. Die Namen der Vortragenden, unter denen die bekanntesten nordischen und deutschen Gelehrten sein werden, werden in nächster Zeit, wenn alle Abmachungen auch über die Themen fest getroffen sind, bekanntgegeben werden. Jedenfalls kann schon heute gesagt werden, daß die Vortragsveranstaltungen für nordisches und deutsches Geistesleben von hervorragender Bedeutung sein werden.

Im Hansatheater wird seit einigen Tagen mit einem neuen Varieteprogramm aufgewartet, das geradezu verblüffende Nummern aufweist. Die Steilläufer Gebrüder Terras und Madame Lauré produzieren sich als erstklassige Artisten. Die Terras bringen es tatsächlich zuwege, rücklings an einer glatten Fläche freischwebend emporzusteigen. Sie vollführen aber auch am schwankenden Trapez akrobatische Leistungen, die jedermann für die schmucken Künstler gefangen nehmen. Madame Lauré vereinigt drei anziehende Eigenschaften in sich: sie ist flotte Tänzerin, elegant gebaut und kann wirklich gut singen. Zu allem ist sie recht mutig. Die Darbietungen im Verein mit ihrem Partner auf dem Trapez können vom schärfsten Konkurrenten nicht überboten werden. Dann wären noch die Rämbler da, 2 Original nennen sie sich. Nicht mit Unrecht. Ihre Einfälle sind gut und der Tellertanz ein schönes akrobatisches Spiel. Alles drunter und drüber werfen Gert und Gräfe. Unter harmlosen Scherzen verbirgt dieser Herr mit seiner Dame hohe turnerische Gewandtheit und bringt das Publikum zum wälzenden Lachen. An Beifall für alle Darbietungen wurde im Hause nicht gekargt. — Die bereits die dritte Woche sich hinziehende Ringkampfkonkurrenz bildet immer noch den Hauptanziehungspunkt des Hansatheaters. Der Dienstagabend bot ein außergewöhnlich schönes Schauspiel. Es rangen der Holsteiner Stromski mit dem Russen Scharuchin. Bei beiden handelt es sich um zwei äußerst gewandte, die Technik vollkommen beherrschende Ringer, die nie die Grenze des Erlaubten überschreiten. Trotz Anspannung aller Kräfte der beiden gelang es keinem, den andern auf die Schultern zu drücken. Der Entscheidungskampf mußte nach 1½stündigem Ringen wegen vorgeschrittener Polizeistunde abgebrochen werden. Auch Westergaard-Schmidt und Anglio rangen unentschieden.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 18. Mai: morgens 6 Uhr 19°; mittags 12 Uhr 20° Celsius.

Der Lübecker Arbeiter-Schachverein veranstaltet jeden Mittwoch und Sonnabend von 8—10 Uhr im Abstinenz-Cafe, Untertrave 100, Spiel- und Unterrichtsabende. Freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen, die sich für das Schachspiel interessieren oder es erlernen wollen, sind zu diesen Veranstaltungen herzlichst eingeladen. Neuanmeldungen werden an den Spielabenden im Vereinslokal entgegengenommen.

Stadttheater. Donnerstag „Boheme"; Freitag „Ein Traumspiel"; Sonnabend Erstaufführung von „Elektra". In den Kammerspielen wird „Casanovas Sohn" am Donnerstag gegeben.

pb. **Kindesmord.** Am Sonnabend wurde in einem Abort des Flugplatzes bei Karlshorst die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden. Nach Lage der Sache scheint das Kind von seiner unnatürlichen Mutter nach der Geburt getötet worden zu sein.

pb. **Festgenommen** wurde eine Schneiderin aus Maskow, die seitens der Staatsanwaltschaft in Köslin wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde. — Wegen Diebstahls bezw. Fundunterschlagung wurde ein Zimmermann aus Dt. Krone und ein Maurer aus Wittenburg festgenommen.

pb. **Gestohlen** wurde in der Pegelaustraße ein Fahrrad, Marke Podack 9398. — Bei einem in der Blanckstraße ausgeführten Einbruchsdiebstahl ist dem Täter ein schwarzer Gehrockanzug, eine silberne Taschenuhr mit dem eingravierten Namen „Koch", ein goldenes Gliederarmband, eine goldene Brosche mit Anhängsel und ein Opernglas mit einem blaugefütterten Etui in die Hände gefallen.

*

Schlutup. Der Sozialdemokratische Verein hielt vorigen Donnerstag seine Monatsversammlung ab. Aufgenommen wurden 5 Genossen. Genosse Petersen gab die Abrechnung von der Maifeier. Darauf hielt Genosse Schermer einen lehrreichen Vortrag über der Schulreform, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. An den Vorstand war eine Eingabe der Schlutuper Fischer eingegangen. Sie wurde von der Versammlung einstimmig abgelehnt, weil sie auf wirtschaftlichem Gebiete liegt. Scharf gerügt wurde das Verhalten einiger Räuchereibesitzer, die vielfach den Betriebsrat nicht anerkennen. Weiter wurden einige örtliche Fragen besprochen.

Angrenzende Gebiete.

Schnittertarif in Mecklenburg-Schwerin. Die Verhandlungen zwischen dem „Deutschen Landarbeiter-Verband" und den Unternehmern haben zu einer Einigung über die Lohnsätze geführt. Danach werden ab 1. Mai gezahlt an Männer und starke Burschen, die mähen können, 1,40 Mk. pro Stunde; an Frauen, Mädchen und schwächere Burschen 1,20 Mk. pro Stunde. Die weiteren Verhandlungen über den Wortlaut der tariflichen Satzungen und die Akkordsätze werden noch fortgesetzt. Es besteht die Aussicht auf eine Einigung über alle Punkte.

Plön. Vier Kinder ertrunken. Bei einer Kahnfahrt auf dem Tresdorfer See ertranken am ersten Pfingsttage vier Kinder aus Sellin. Der Kahn war auf einer Seite undicht, die fünf Insassen setzten sich daher auf die andere Seite, wobei das Fahrzeug kippte. Auf das Geschrei der verunglückten Kinder eilte Herr Rathje aus Sellin herbei und rettete den Knaben Steffen, während seine beiden Töchter untergingen; ertrunken sind außerdem ein Mädchen und ein Knabe.

Wismar. Von den Hubertus-Leuten. Wir berichteten kürzlich über den „Hubertus"-Skandal auf der Insel Poel. Die Angelegenheit hat inzwischen folgende Entwicklung genommen: Die Vermehrung der „Hubertus"-Leute auf Poel hielt an, statt daß die Zahl vermindert wurde, während einheimische Arbeiter (Familienväter) wegen den Agrariern nicht passender Gesinnung auf die Straße gesetzt wurden. Daß dieses böses Blut verursachen mußte, bedarf keiner Erklärung. Die in Wismar und Umgegend herrschende Erregung wurde vermehrt durch die grausamen Mißhandlungen solcher „Hubertus"-Leute, die sich als ehrliche Arbeiter erwiesen und sich nicht für die Heloten- und Verräterdienste hergeben wollten, für die man sie haben wollte. Als nun vor etlichen Tagen in Wismar bekannt wurde, daß bereits kurz nach dem Vorfall auf Poel in Rohlsdorf neue Transporte von „Hubertus"-Leuten angekommen waren — man sprach von 150 bis 170 Mann (darunter die zweifelhaftesten Elemente, anderseits auch solche, die sich für irregeführt erklärten und aus Solidarität die Annahme von Arbeit verweigerten), als sogar der Gedanke, „Hubertus"-Leute im Waggonbau zu Wismar einzustellen, bekannt wurde, da sah die organisierte Arbeiterschaft von Wismar die Zeit gekommen, um ein Wort zu reden. Sie sandte eine Delegation an die Regierung. Dort legte sie dem Minister des Innern im Beisein der zuständigen Ministerialräte und der Leiter der Landesgendarmerie ihre Beschwerden dar. Das Resultat der Aussprache, zu der der Gauleiter Schmidt vom Landarbeiterverband hinzugerufen wurde, war folgendes: Der Ministerpräsident und die Regierungsvertreter waren sich völlig einig in der ernstesten Würdigung der vorgetragenen Tatsachen und Beschwerden. Es soll über die Möglichkeit, die „Hubertus"-Organisation aus dem Lande zu schaffen, mit den zuständigen Reichsbehörden persönlich verhandelt werden. Daneben soll alles Material für den militärischen Charakter der „Hubertus" von der Regierung schleunigst gesammelt werden. Gauleiter Schmidt hatte im Laufe der Besprechung geäußert, daß auch er für die Ruhe der Landarbeiter nicht mehr länger die Verantwortung tragen könne, wenn nicht schleunigst Mittel und Wege geschaffen würden, um mit dem Gewaltregime der „Hubertus" ein Ende zu machen. Es werde sich dann ein Streik nicht mehr verhindern lassen. In der Besprechung wurden auch Angaben über die 150 bis 170 Neuankömmlinge sowie über die schätzungsweise Gesamtzahl von 800 „Hubertus"-Leuten in Mecklenburg-Schwerin gemacht.

Neustadt i. Mecklbg. 4 Erbpachthöfe abgebrannt. Schlimme Pfingsten sind er Ortschaft Spornitz beschert worden. In der Nacht sind die beiden Erbpachthöfe von Sorgenfrei und Neikhof vollständig niedergebrannt. Auch die Wirtschaftsgebäude der angrenzenden Erbpachtgehöfte von Lüth und Wulff fingen Feuer und wurden ein Raub der Flammen. Bei Sorgenfrei ist alles Vieh mitverbrannt, nur zwei Pferde wurden gerettet. Der Schaden ist sehr groß.

Kiel. Gescheiterte Tarifverhandlungen der Landarbeiter. Wie die Gauleitung des Landarbeiterverbandes mitteilt, sind die Tarifverhandlungen für Norder- und Süder-Dithmarschen gescheitert. Der von der Spruchkammer gefällte Schiedsspruch wurde von der Landarbeiterschaft abgelehnt und der ablehnende Beschluß dem Vorsitzenden der Spruchkammer mitgeteilt. Die Arbeitgeber haben dagegen überhaupt keine Mitteilung über Annahme oder Ablehnung an die Spruchkammer gelangen lassen. Ein erneuter Beweis dafür, da diese Herren auf Gesetz- und Schiedssprüche pfeifen. Die Landarbeiterschaft der Kreise Norder- und Süder-Dithmarschen ist deshalb fest entschlossen, alles aufzubieten, um dem rücksichtslosen Vorgehen der Arbeitgeber zu begegnen. Wir richten daher an alle Landarbeiter und Arbeiterinnen sowie auch an die übrige Arbeiterschaft die Aufforderung, jeden Zuzug von Arbeitslosen und insbesondere von Saisonarbeitern nach Dithmarschen fernzuhalten.

Gewerkschaftsbewegung.

Die freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen-Lippe nach dem Kriege. Im verflossenen Jahre haben, mit Ausnahme des Metallarbeiterverbandes, in dessen Reihen die Richtungskämpfe am heftigsten tobten, die großen Verbände ihre Mitglieder nicht nur auf der Höhe erhalten, sondern fast alle haben noch eine Steigerung zu verzeichnen, zwölf kleinere Verbände haben einen Verlust zu verzeichnen von insgesamt 4513 Mitgliedern, denen ein Gesamtgewinn von 76 875 gegenübersteht. Die freien Gewerkschaften zählten am 31. 12. 1920 1 228 954 Mitglieder, gegen 257 411 am 1. Juli 1914. Mit dieser Entwicklung können die freien Gewerkschaften zufrieden sein, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß ohne den unseligen Bruderkampf eine ganz andere Armee aufmarschieren würde.

Metallarbeiterkonferenz in Frankfurt a. M. Am vorletzten Sonntag fand im Frankfurter Gewerkschaftshaus die ordentliche Konferenz des Metallarbeiterverbandes, Bezirk Frankfurt, statt. Sein Gebiet reicht von Kassel bis Saarbrücken und zählt nach dem neuesten Bericht 147 000 Mitglieder. Die politische Meinungsverschiedenheit hat in diesem Bezirk eher noch tiefere Furchen als wo anders gezogen. Die Mehrheit ist zwar immer mehrheitssozialistisch gewesen, aber auf der vorjährigen Konferenz in Gießen gelang es durch Ungültigkeitserklärung der Mandate der

mitgliederreichen Verwaltungsstelle in Saarbrücken, eine knappe Mehrheit für die USP. zu konstruieren. Das so korrigierte Glück wurde benutzt, die erweiterte Bezirkskommission aus USP.-Leuten zusammenzusetzen. Das Parteibuch der USP. wurde als Ersatz für wirtschaftliche Erfahrung gehalten. Das gleiche bei der Wahl des Bezirksleiters. — Welche Wirkungen diese Machenschaften in der Mitgliedschaft hervorriefen, zeigt die Zusammensetzung der diesjährigen Konferenz. Von den 96 Delegierten gehörten 63 der Mehrheitssozialdemokratie an, der USP. 19, der KPD. 14. Die ersteren vertreten fast 100 000 Mitglieder, die beiden anderen den Rest. Der Versuch der mehrheitssozialistischen Delegation, die Bezirkskommission nun so zu ändern, wie es der Vernunft und der Demokratie entspricht, mußte aufgegeben werden, weil dem eine dehnbare statutarische Bestimmung und die jetzige Zusammensetzung des Hauptvorstandes entgegenstehen.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stand der Bericht der Bezirksleitung und ein Referat des Verbandsvorsitzenden Dißmann über die Aufgaben der Gewerkschaften. Der Bericht ließ die Tätigkeit des Verbandes als auch die vielen Schwierigkeiten, die Wünsche der Mitglieder zu erfüllen, Revue passieren. Dißmann schilderte unsere innerpolitische und außenpolitische Lage und die Gefahren, die daraus für die deutsche Arbeiterschaft entstehen. Er zog daraus den Schluß, daß die Schwierigkeiten nur durch eine geeinigte Arbeiterschaft überwunden werden könnten. Den Schluß des Vortrags bildete eine Mahnung zur Einigkeit. — Für die mehrheitssozialistische Delegation erklärte Kummer hierzu: „Kollege Dißmann hat eine dringliche Mahnung zur Einigung an uns gerichtet. Es ist erfreulich, daß sich nun auch diese Seite zu der Auffassung bekennt, die wir seit der Spaltung immer und überall ehrlich und nachdrücklichst vertreten haben. Wie gering hierin unser Erfolg bei den zwei anderen Richtungen gewesen ist, weiß jeder. Wenn sich darin, wie es scheint, eine Aenderung vollzieht, so begrüßen wir das sehr freudig. Um diese glückliche Wandlung zum Besseren nicht zu hemmen, wollen wir unterlassen zu untersuchen, wer die Schuld an der Spaltung trägt und wer die Entzweiung der Arbeiterschaft am rücksichtslosesten geschärft hat. Um das Einigungswerk zu beschleunigen, dünkt es uns ratsam, wenn die, welche als die Schuldigen an dem Unheil der Arbeiterklasse angesehen werden, sich zurückhielten, weil ihre Einigungsmahnungen einen bitteren Beigeschmack haben und zu allerhand Vermutungen Anlaß geben könnten. Der Einigungswille auf der anderen Seite steht offensichtlich mit der Zunahme unserer Stärke in einem Zusammenhang. Wir konstatieren das. Im übrigen wollen wir so eifrig wie bisher für die Einigung eintreten. Wir haben darin unsere Pflicht immer getan; wir werden sie auch weiter tun. Tun Sie auch die ihre."

Genossenschaftsbewegung.

Konsumgenossenschaften und Preisbildung. Die Wirkung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Verbraucher wird vom Händlertum gern geleugnet; die Praxis spricht aber dafür. Der Konsumverein Aschersleben hat in den letzten zwei Jahren in neun Gemeinden neue Warenabgabestellen errichtet. Durchweg waren dort, wie die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" mitteilt, die Preise bei den Händlern höher als im Konsumverein; sobald jedoch dessen Verteilungsstelle ihre Tätigkeit begann, paßten die Kaufleute ihre Preise denen der Genossenschaft an, ja, gingen teilweise sogar noch darunter. Am 11. April wurde die 27. Abgabestelle des Vereins in Ober-Wiederstedt eröffnet. Ein Vergleich ergab, daß einige Kaufleute bereits erheblich niedrigere Preise hatten als zwei Tage vor der Eröffnung. Die Wirkung war also prompt eingetreten.

Aus aller Welt.

Waldbrand. Am 1. Pfingstfeiertage brach auf preußischem Gebiete dicht an der anhaltischen Grenze, bei dem Dorfe Sollnitz ein Waldbrand aus, der etwa 550 Morgen Nadelholzbestand vernichtete.

Raubüberfall zweier junger Mädchen. Die Sehnsucht nach neuen Pfingstkleidern verführte zwei junge Mädchen zu einem Raubüberfall unter Anwendung eines Betäubungsmittels. Ihr Opfer war die 68 Jahre alte Kohlenhändlerin Güldner aus der Frankfurter Straße in Berlin. Die alte Frau betreibt ihr Geschäft allein. Nachbarn fanden sie bewußtlos im Bette liegen. Das Durcheinander in der Behausung ließ gleich erkennen, daß Frau Güldner überfallen und beraubt worden war.

Vom Blitz getötet. Eine Gruppe von Remscheider Ausflüglern, die am 2. Pfingstfeiertag während eines Gewitters in der Nähe der Stadt unter einer Eiche Schutz gesucht hatte, wurde vom Blitz getroffen. Zwei Frauen wurden sofort getötet, drei andere Personen erlitten Lähmungen und schwere Brandwunden.

Brückeneinsturz am Achensee. Aus Innsbruck wird gemeldet: In Seespitz am Achensee ist die Einsteigbrücke zum Dampfer mit einer großen Zahl Ausflüglern eingestürzt. Sieben Frauen und ein Kind sollen ertrunken sein, sechzehn Personen sollen schwer eine große Anzahl leicht verletzt worden sein.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich. Nachts sprangen acht Wagen des Schnellzuges Paris—Toulouse aus unbekannten Ursachen zwischen Uzerche und Vigeois aus dem Gleis. Vier Personen sind getötet. Ein zweites Unglück ereignete sich durch Verstopfung der Strecke Perieur, worüber man den Verkehr zu leiten suchte. Acht Wagen des Zuges 71 entgleisten am Bahnhof La Bachellerie. 7 Reisende sind getötet und 33 schwer verwundet.

Der zusammengebrochene Baum der Erkenntnis. Im englischen Etat werden 1000 Pfund für den Bau einer Moschee in Mesopotamien angefordert als Ersatz für einen Baum, den englische Soldaten umgerissen haben sollen. Dieser Baum ist der Ueberlieferung nach der echte „Baum der Erkenntnis" aus dem Garten Eden, von dem herab seinerzeit die Schlange Eva versuchte. Unter dem Gewicht der Tommies, die in seinen Zweigen sich photographieren lassen wollten, ist der Baum zusammengebrochen.

Eingegangene Druckschriften.

Die ersten Mutterpflichten und die erste Kindespflege. Belehrungsbuch für junge Frauen und Mütter von Dr. F. A. von Ammon. 42. Auflage, bearbeitet von Dr. med. A. Döderlein, Geh. Hofrat, Professor der Gynäkologie und Direktor der Universitätsfrauenklinik in München. Verlag von S. Hirzel in Leipzig. Gebunden mit Goldschnitt 20 Mark. Seit beinahe einem Jahrhundert ist das Büchlein der treueste und trauteste Freund und Berater der jungen Frauen und Mütter. Der feine Takt und der wohltuend ansprechende Ton in der Behandlung des Stoffes erheben das sittliche Gefühl des Mutterherzens und geben der jungen Mutter Beruhigung und Halt. Das Buch bietet eine Fülle wichtiger Erfahrungssätze und trefflicher Ratschläge. Ein Werk, das wie das vorliegende sich nun schon in drei Generationen forterbte, konnte den Anspruch auf gleichbleibende Wertschätzung nur erheben, wenn es dem Fortschritt der Wissenschaft im Wandel der Zeiten folgte. Aus diesem Grunde hat die Verlagsbuchhandlung die neue, 42. Auflage, wieder einer durchgreifenden Umarbeitung unterziehen lassen.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 17. Mai.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		17. Mai.	13. Mai.
Holland	100 fl.	2117.50	2102.50
Kopenhagen	100 Kr.	1060.—	1075.—
Stockholm	100 Kr.	1385.—	1387.50
Kristiania	100 Kr.	950.—	975.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	128.—	133.—
Schweiz	100 Frs.	1055.—	1050.—
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	14.25	14.37
Budapest	100 K.	28.50	28.—
Prag	100 K.	86.75	—.—
Spanien	100 Pesetas	770.—	812.50
London	1 £	233.75	233.50
Paris	100 Frs.	502.—	500.—
Belgien	100 Frs.	502.—	500.—
Italien	100 Lire	325.—	328.—
Bukarest	100 Lei	—.—	—.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	58.25	58.37
do. briefl. Ausz. od. Scheck		58.12	58.12

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 17. Mai 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage Std.
D.		v. Schill	Kißling	Kopenhagen	1½
	S.	Fiona	Stege	Kjöge	2
	S.	Olga Heintson	Breger	Kopenhagen	2
	S.	Anna	Johaunson	Hekenburg	2
Angekommen am 18. Mai 1921.					
D.		Falken	Nörgensen	Götebora	1

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Für unsere Stadtauflage liegt heute ein Prospekt der Kammerlichtspiele, Königstr. 25, bei. Es wird darin auf den interessanten Film: „Der tanzende Tor" u. a. hingewiesen.

Plötzlich und unerwartet wurde uns ein lieber Kamerad, der Polizei-Unterwachtmeister

Christian Griese

durch den Tod entrissen.

Wir verlieren in ihm einen unersetzlichen Kameraden, der sich durch sein Gerechtigkeitsgefühl und rastlose Arbeit in echt kameradschaftlichem Sinne auszeichnete.

Er soll uns stets unvergeßlich bleiben.

In Trauer (2034

seine Kameraden

der 2. Hundertschaft, Ordnungs-Polizei 2 B.

Emil Sandgaard
Anni Sandgaard
geb. **Bruhns.** (2022
Vermählte.

Für bewiesene Glückwünsche und Geschenke danken herzlich. D. O.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich (2031
Erich Wagner u. Frau
Emma, geb. Heinrichsen.
Dänischburg. (2031

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur silbernen Hochzeit danken herzlichst (2035
Johann Stender und Frau, geb. Griesberg.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur silb. Hochzeit danken herzlichst (2037
F. Witt und Frau.
Westhoffstr. 30.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zu unserer silbernen Hochzeit danken
J. Sandherr u. Frau.
(2028

Tagesmädchen
von 18—22 J. sofort oder zum 1. Juni gesucht.
2028) **Holst. Haus,**
Mariesgrube 22.

Kolporteur
zum Austragen von
Zeitschriften
gesucht.
(Bezirk Holstentor Nord.)
Expedition des Lübecker Volksboten.

Waschstelle gesucht. (2017
Hundestr. 88.

3. vk. 1 f. n. Stubeneinricht.
2029. Feldstr. 25.

Ein groß. eichener Koffer zu verkaufen. (2018
Gr. Gröpelgrube 45 b.

3. vk. S.-Mant. 6—7 M.
Weiße Stiefel Gr. 32. (2020
Schützenstr. 56 b., I.

Terrier, 2 Mt. alt, z. verk.
2036). Loignystr. 15 II.

Verl. Sonnabend 1 D.-Uhr. g. Belohnung abzug. (2027
Wakenitzmauer 33 I.

Tücht. Schneiderin empf. sich
M. Schurman, Marlistr. 78.
(2030

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung u. Schäftefabrik. 2015

Neueste Ausgabe!
Kommentar zum Betriebsrätegesetz.
Enthaltend u. a.:
Musterarbeitsordnung u. Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums.
Von **Dr. Georg Flatow.**
Preis Mk. 12.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

In Dosen aller Grössen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg. 2039

Elegante u. einfache **Herren-, Schlaf-, Wohn- u. Speisezimmer,**
Kleinmöbel u. Kücheneinrichtungen, Spezialität Korbmöbel
Solide Arbeit. Billige Preise. Prompte Lieferung
Möbelhaus de Buhr
Lübeck, Fischstraße 21. 2013) **Teleph. 3278. 2368.**

In ½ Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-**Läuse** sow. Brut (Niss.) **Wanzen, Flöhe** b. Mensch. u. Tier **„Riesolda"**, g. gesch. Mitt. Wund. unschädlich Verk. nur **H. Wiese,** Aegidienstr. 4.

Pa. Ledersohlen
aus Treibriemen-Abfällen empfiehlt billigst
F. Brens,
Lachswehr-Allee 5a, I.
Fernsprecher 456. (2016

Kräftige Tomatenpflanzen, Sellerie-, Porree- und Kohlpflanzen empfiehlt (2021
J. Landt,
Gärtnerei,
Moisling.

Neues Liederbuch
für Arbeiter und Naturfreunde
Mk. 1.20.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Steuerbuch
enthaltend:
Einkommensteuergesetz
Körperschaftssteuergesetz
Kapitalertragssteuergesetz
Landessteuergesetz
Erbschaftssteuergesetz
Reichsabgabenordnung
mit gemeinverständlichen Erläuterungen.
Herausgegeben von
Wilhelm Keil.
Preis Mk. 20.—.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Adlershorst. Jeden Donnerstag: **Ball** 2014

Farbe zu Hause
nur mit
Heitmann's Farben
Marke „Fuchskopf im Stern"
Einfach · Praktisch · Billig!
Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.
Vertretung u. Lager: **E. R. Schultz, Lübeck,**
Engelsgrube 24. (2011

Kleine Anzeigen
im „Lübecker Volksboten"
bei denen Käufer und Verkäufer
innerhalb der werktätigen Bevölkerung
zu suchen sind, werden vormittags bis 10 Uhr in unserer Geschäftsstelle Johannisstraße 46 entgegengenommen und haben bestimmt großen Erfolg!

Zahle
für **Eisen, Metalle, Lumpen, Papier** die höchsten Preise. (2024
Törper,
Schwartauer Allee 26.

Fabrikarbeiter-Vbd.
Ortsgruppe Kücknitz.
Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, d. 19. Mai, abends 7 Uhr 2038
bei **Dieckelmann.**
Vortrag
v. Koll. **Heinr. Radden.**
Die Distriktsleitung.

Konzerthaus Lübeck.
Jeden Sonntag: Ball.
Für **Sommer-Feste** ist der gänzl. renovierte **Garten** mit neuem Inventar noch einige Tage frei. (2012
Heinz Cyrlacks.

Hansa-Theater
Heute sowie täglich 8 Uhr 2033
das **neue**
Varieté-Programm
9¼ Uhr **9¼ Uhr**
Heute **Mittwoch** ringen: **Westergaard-Schmidt** gegen **Wildmann.**
Entscheidungskampf:
Stromski gegen **Wehram.**
Entscheidungs-Boxkampf:
Edelmann geg. **Maschke.**

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch. Buchst. C u. 20. Vorstell. im Schauspiel-Ab.
Zwangseinquartierung 7.30.
Donnerstag. Bchst. C u. 20. Vorstell. im Opern-Abonn.
Bohème. 7.30.
Freitag. Buchst. C und 20. Vorst. im Schausp.-Abonn.
Ein Traumspiel. 7.00.
Einführende Worte von **Elise Deipser.**
Sonnabend. Bchst. C u. 20. Vorstell. im Opern-Abonn.
Elektra. 7.30.

Kammerspiele.
Fünfhausen. (2026
Donnerstag:
Casanovas Sohn. 7.30.

Beilage zu Nr. 113
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 18. Mai 1921

Väter und Söhne.

Heute, da sich an allen Ecken und Enden neues Leben geltend macht, da der „vierte Stand“ mit ungeahnter Kraft ans Licht dringt, bedarf die Arbeiterschaft mehr als je der historischen Durchbildung und des geschichtlichen Sinnes, um aus der Vergangenheit zu lernen und aus ihr Schlüsse für die kommenden Epoche ihrer Zeit zu ziehen. So erscheint es nicht unangebracht, einen Rückblick auf die Vorgeschichte des Kommunistischen Manifestes zu tun, das der internationalen Arbeiterbewegung mit noch heute unverminderter Wirkung ungeheure Schwungkraft verlieh und die Voraussetzungen für den Uebergang aus dem utopischen in den wissenschaftlichen Sozialismus schuf.

Im Verlag von C. L. Hirschfeld in Leipzig erschien dieser Tage aus der Feder des verdienten österreichischen Theoretikers des Sozialismus Karl Grünberg als fünftes Heft der „Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik“ eine Schrift, betitelt „Die Londoner kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847/1848“. Der Verfasser bringt hier einen Abdruck des von Gustav Mayer entdeckten ersten und einzigen Heftes der Londoner kommunistischen Zeitschrift, das im September 1847 schon, ein halbes Jahr vor dem Erscheinen des Komuunistischen Manifestes, das Motto: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ an der Stirn trägt. Die Entstehungsgeschichte des Kommunistischen Manifestes kann an dieser Stelle nicht dargestellt werden, so lohnend auch eine solche Aufgabe wäre. Wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, in kurze Zügen die „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“ wiederzugeben, die noch heute größten politischen Aktualitätswert besitzen. Weiterhin soll dann auf die Londoner kommunistische Zeitschrift selbst eingegangen werden. Die ersten drei Punkte der 17 Forderungen lauten:

1. Ganz Deutschland wird zu einer einzigen unteilbaren Republik erklärt.

2. Jeder Deutsche, der 21 Jahre alt, ist Wähler und wählbar, vorausgesetzt, daß er keine Kriminalstrafe erlitten hat.

3. Die Volksvertreter werden besoldet, damit auch der Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne.

Die Umgestaltung Deutschlands zu einer einzigen unteilbaren Repulik, die Einführung des allgemeinen und gleichen aktiven und passiven Wahlrechts, das Verlangen von Abgeordnetendiäten, die allgemeine unentgeltliche Volkserziehung wie die allgemeine Volksbewaffnung sollten ebenso dem fürstlichen Absolutismus und seiner Hauptstütze, der Kleinstaaterei, ein Ende machen und den Weg für die Demokratie bahnen, wie durch die Erfüllung der übrigen Programmpunkte mit dem Feudalismus aufgeräumt und durch die Trennung von Kirche und Staat die Machtstellung der ersteren gebrochen werden sollte. Des weiteren fordern die programmatischen Punkte Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Schule, Umorganisierung der Volkswirtschaft, Garantierung des Rechts auf Existenz bei Arbeitsunfähigkeit in Nationalwerkstätten, bei Arbeitsunfähigkeit durch Versorgung von Staats wegen usw.

Die deutschen „Kommunisten“ der Gegenwart behaupten, alleinige Sachwalter des Marxschen Erbes zu sein. Vergleicht man die 17 Forderungen der Kmmunisten von 1847 mit dem heutigen Programm der K. P. D., so stellt man mühelos fest, daß es jenen marxistischen Forderungen geradezu ins Gesicht schlägt. Aktives und passives Wahlrecht, Einheitsrepublik Deutschland, starke Progressivsteuern — diese wie alle anderen Forderungen bilden das Programm, um dessen Verwirklichung die Sozialdemokratische Partei kämpft — und um dessenwillen sie von den Kommunisten als „Verräter der Arbeiterklasse“ und „Saboteur der marxistischen Lehre“ beschimpft wird!

Aber hören wir weiter! In dem Probeblatt der Londoner kommunistischen Zeitschrift wird eine ausführliche Erläuterung des Wesens wie der Ziele des Kommunismus gegeben. In prägnanten Sätzen wird dargelegt, was die Kommunisten sind und was sie nicht sind, und wie eine Ironie mit tieferer Bedeutung wirkt es, daß die heutigen Kommunisten genau das sind — was sie nach dem kommunistischen Programm von 1847 nicht sein sollen. Hier heißt es:

Wir sind keine Kommunisten, welche jetzt schon den ewigen Frieden predigen, während sich unsere Gegner an allen Orten zum Kampfe rüsten. Wir wissen recht gut, daß wir nirgends, etwa mit Ausnahme Englands und der nordamerikanischen Freistaaten, in die bessere Welt eingehen können, ohne uns zuvor unsere politischen Rechte mit Gewalt erkämpft zu haben. . . . **Wir sind keine Verschwörer, welche an einem bestimmten Tage eine Revolution anfangen oder Fürsten umbringen wollen . . . .** Es wird noch ein letzter und ernster Kampf gekämpft werden, und wenn unsere Partei denselben siegreich bestanden, dann erst wird die Zeit kommen, in welcher wir die Waffen hoffentlich für immer beiseite legen können.

An Stelle der Utopie, die von den heutigen Kommunisten gepredigt wird, sehen wir klare politische Erkenntnis. Anstatt der Sektenverschwörung, die heute von den Kommunisten ebenso stolz wie unzutreffend als „politische Aktion“ bezeichnet wird, lehnt das kommunistische Programm mit klaren und eindeutigen Worten die sinnlose Revolutionsmacherei ab. Weiter heißt es an gleicher Stelle:

Wir sind keine Kommunisten, welche glauben, daß gleich nach siegreich bestandenem Kampfe die Gütergemeinschaft wie durch einen Zauber eingeführt werden kann. Wir wissen, daß die Menschheit keine Sprünge macht, sondern nur Schritt für Schritt vorwärts geht. Wir können nicht über Nacht aus einer unharmonischen in eine harmonische Gesellschaft eingehen. Es bedarf hierzu einer nach Umständen längeren oder kürzeren Uebergangsperiode. Das Privateigentum kann nur nach und nach in gesellschaftliches Eigentum umgewandelt werden.

Wie stellen sich unsere Kommunisten hierzu? Aus diesen Ausführungen spricht bester marxistischer Geist, geschult an der Entwicklungslehre eines Hegel, gebildet an einer gründlichen Kenntnis der ökonomischen Voraussetzungen des Sozialismus. Jeder Satz, jedes Wort ist ein Schlag ins Gesicht der Kommunisten Moskauer Färbung. Von besonderem Interesse ist der Hinweis auf die Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung in England und Nordamerika, von der Auseinandersetzung zwischen den aristokratischen und demokratischen Elementen auf dem Festlande. Der Hinweis der Sozialdemokratie auf die Notwendigkeit der ökonomischen Entwicklung, auf das Ausreifen des Sozialismus wird von unseren Kommunisten als „Reformsozialismus“ verächtlich gemacht. Ihre Kritik ist der beste Beweis für jeglichen Mangel an wahrhaft sozialistischer Basis. Wie Peitschenschläge wirken die folgenden Sätze:

Wir sind keine Kommunisten, welche die persönliche Freiheit vernichten und aus der Welt eine große Kaserne oder ein großes Arbeitshaus machen wollen. **Es gibt freilich Kommunisten, welche es sich bequem machen und die persönliche Freiheit, die nach ihrer Meinung der Harmonie im Wege steht, leugnen und aufheben wollen; wir aber haben keine Lust, die Gleichheit mit der Freiheit zu erkaufen.** Wir sind überzeugt . . ., daß in keiner Gesellschaft die persönliche Freiheit größer sein kann, als in derjenigen, welche sich auf Gemeinschaft gründet.

Wahrlich, fast könnte man Mitleid mit unseren Moskauern empfinden, wenn man diese scharfe, aber gerechte, um 74 Jahre vorweggenommene Kritik liest.

Weiter wird in der Zeitschrift der Kampf gegen die heutige Gesellschaft angekündigt; besonderes Interesse verdienen die Ausführungen gegen den Bruderkampf:

. . . Anstatt aber dieses zu bedenken und uns zu vereinigen, bekämpfen wir uns leider nur zu häufig zum großen Vergnügen unserer Unterdrücker untereinander selbst. Anstatt alle vereinigt Hand ans Werk zu legen, um **einen demokratischen Staat zu errichten, in dem jede Partei suchen kann, durch Wort und Schrift die Majorität für sich zu gewinnen,** feinden wir uns an über das, was geschehen und nicht geschehen soll, wenn wir einmal gesiegt haben. Es ist jetzt wahrhaftig an der Zeit, unsere Feindseligkeiten beiseite zu legen und alle zur gemeinschaftlichen Verteidigung die Hände zu reichen.

Der Kampf um die Erringung der Majorität wird von den Kommunisten heutigentags bekanntlich als „formale Demokratie“ bespöttelt. Wie aber sieht es um den demokratischen Staat aus, der das gemeinsame Ziel der Kommunisten sein soll? Will die „Rote Fahne“ vielleicht behaupten, daß Marx und Engels in der deutschen Räterepublik das Ideal des demokratischen Gemeinwesens erblickten? Das Programm der Kommunisten von 1847 mit seinem Bekenntnis zum allgemeinen Wahlrecht beweist das Gegenteil.

Der alte Streit, wer die echten Söhne der Kommunisten von 1847 sind, die heutigen Kommunisten oder die Sozialdemokraten, sollte damit endgültig erledigt sein. Die sogenannten Kommunisten von heute sind gerade das, was die Kommunisten von damals weder waren noch sein wollten, sie haben sich einen Namen beigelegt, der ihnen nicht gebührt.

Die bedrohte Getreidebewirtschaftung.

Der Reichstag hat am Donnerstag den „Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide“ dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß zur Beratung überwiesen. Diesen Namen trägt das Gesetz aber zu Unrecht. Seine Absicht und noch mehr seine Wirkung ist nicht die Regelung des Verkehrs mit Getreide, sondern die Auflösung jeder Regelung wird der in wenigen Monaten eintretende Erfolg sein.

Dieses Spiel mit verdeckten Karten ist in der Ernährungswirtschaft der letzten Jahre keine neue Erscheinung. Immer ist unter dem Deckmantel sorgsamer Regelung die Regellosigkeit im Verkehr angestrebt und erreicht worden. Die Auflösung der Bewirtschaftung mit Fleisch, die jüngst ergangene Verordnung über die Beseitigung der Erfassungsvorschriften über Milch, und vor allem die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen durchgesetzte Maisverbilligungsaktion mit ihrer mehr als 100 Prozent betragenden Erhöhung der Getreidepreise, sind ausreichende Beispiele dafür.

Die Notwendigkeit einer Neuregelung der Getreidewirtschaft ist unbestritten. Bereits im laufenden Erntejahr wäre der Zusammenbruch der Brotversorgung erfolgt, wenn nicht mehrere Millionen Tonnen teuren Auslandsgetreides eingeführt worden wären. Die Ablieferung inländischen Getreides deckte nur den geringsten Teil des Bedarfs. Die Ursache für diesen Zusammenbruch unserer Brotversorgung aus der inländischen Ernte ist die ungeheure Verantwortungslosigkeit der großen Masse der Landwirte. Wenn die Arbeiter der Allgemeinheit gegenüber ebensowenig Verantwortungsgefühl gezeigt hätten, wie die Landwirte, dann wäre die deutsche Volkswirtschaft im letzten Jahre keinen Augenblick von den gewaltigsten Erschütterungen bewahrt geblieben. Die Erfüllung des Spaa-Abkommens, durch das Deutschland sich verpflichten mußte, monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle an die Entente zu liefern, wäre nicht möglich gewesen, ohne die aufopfernde Tätigkeit der Berg- und Transportarbeiter, ohne die Erkenntnis dieser Schichten, daß sie im Interesse der Gesamtheit Opfer zu bringen haben. Unzählige Male hat sich deshalb die Regierung gezwungen gesehen, diesen Leistungen der deutschen Arbeiterschaft Dank zu zollen. Es war selbstverständlich immer nur platonischer Dank, der die Regierung nicht davon zurückgehalten hat, immer aufs neue die Arbeiterklassen mit Lasten zu bedenken.

Es ist dabei kennzeichnend für den „Patriotismus“, der besitzenden Kreise, daß sie nie zu den geringsten Opfern bereit waren, und daß der den Agrariern so wohl gesinnte Minister Hermes deshalb nie imstande gewesen ist, einen solchen Dank an die Agrarier auszusprechen. Im Gegenteil, immer und immer wieder hat

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

22. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Wittkamp dachte an ganz andere Dinge, aber er wollte nicht davon sprechen.

„Palmen und Märchen? Nein, die habe ich niemals gekannt. Weißt du, bei uns zu Hause herrschte großes Elend. Wir hatten einen Laden, in dem es alle Arten von Kurzwaren gab. Aber mein Vater saß den ganzen Tag im Wirtshaus und politisierte und spielte Karten. Und meine Mutter war immer krank, ich habe sie nie anders gekannt. Sie mußte im Laden sein und in der Wohnung, und dann jammerte sie und schimpfte uns beiden Kinder aus und schlug uns. Aber Vater schlug uns niemals, er war immer fröhlich, wenn er nach Hause kam und erzählte, daß jetzt bald eine große Veränderung eintreten werde. Meine Schwester, die nun verheiratet ist, konnte Vater gut leiden, ich aber haßte ihn, denn ich wußte, daß er an allem schuld war. Und als unser Haus verkauft wurde, und unsere Möbel auf der Straße standen, sagte ich es Vater ins Gesicht. „Du Kröte!“ sagte er erstaunt. Dann aber lachte er und gab mir eine Mark. „Da besauf dich. Alles andere hat doch keinen Zweck!“ Meine Mutter starb dann bald, mein Vater aber erst vor drei Jahren, und bei seinem Begräbnis ging eine ganze Anzahl von Vereinen mit, denn er war ein großer Vereinsredner und hielt immer die Festvorträge.“

Martha drückte sich fester an ihn an. „Armer Kerl, dann hast du es doch schlimm gehabt.“

„Ich war immer im Leben allein!“ sagte er. „Ich hatte nie jemand, mit dem ich mich aussprach, auch mit meiner Mutter und mit meiner Schwester nicht. Und weißt du noch etwas? Ich habe auch nie in meinem Leben an Gott geglaubt. Als kleiner Junge war ich einmal mit meinem Vater im Wirtshaus. Da hörte ich, wie ein Mann sagte: „Ach was — Gott, daran glauben ja die Pfaffen selber nicht!“ Und das Wort habe ich mir immer wiederholt, und wenn ein Lehrer von Gott sprach, dann lachte ich im stillen und dachte: du lügst!“

„Ach Gott!“ rief Martha. „Manchmal habe ich rein Angst vor dir. Hast du denn nie einen Freund gehabt oder ein Mädchen? Mir kannst du das ja erzählen.“

„Ich war vielleicht zu seltsam. Meist blieb ich traurig, einsilbig, und wenn ich redete, dann geschah es nur in spöttischem Tone, so daß mir niemand so richtig traute. Ich habe, glaube ich, etwas Humor von meinem Vater geerbt, das einzige, was ich von ihm habe. Aber das hat sich bei mir mit all der Bitterkeit gemischt und kommt nur selten empor.“

„Ja, du bist seltsam verschieden, heute so und morgen so!“

„Ich war immer eingesperrt mit schlimmen Gedanken. Ich traute niemand und lag stets auf der Lauer: was wohl die andern von mir dächten. Aber wenn ich mich auch innerlich danach sehnte, von ihnen geachtet zu werden, äußerlich stieß ich doch jeden ab mit boshaften Witzen und Bemerkungen. Ich habe mir auch geschäftlich nicht nur einmal die besten Aussichten verdorben und konnte nie zu etwas kommen. Es lag aber auch an den kleinlichen Verhältnissen in Deutschland.“

„Aber auf dem Schiff und bei mir warst du doch nie so.“

„Auf dem Schiff, das war mir alles noch neu, und gegen dich könnte ich niemals häßlich werden. Du weißt gar nicht, wie ich an dir hänge, und wie du mich schon verändert hast!“

„Ja, hab ich das wirklich?“ fragte sie freudig bewegt. „Und nun mußt du mir auch versprechen, daß du deine Vergangenheit ganz vergessen willst. Ich tue es auch. Wir wollen dann beide ganz neue Menschen sein, und du sollst sehen, was du an mir für eine Hilfe hast!“

Sie waren jetzt an der deutschen Wirtschaft angekommen. Ein lauter Lärm drang ihnen daraus entgegen, da drinnen kochte es ordentlich von Menschen. Auf allen Tischen standen große Biergläser, und ein undurchdringlicher Tabaksqualm schwamm durch das ganze Lokal.

Martha kehrte schon in der Tür wieder um. „Was fällt dir eigentlich ein, eine Dame hierhin zu führen!“ sagte sie lachend. „Es ist ein Glück, daß du aus dem Hotel fort bist. Das scheinen schöne Brüder zu sein, wenn sie dir das Lokal empfehlen!“

„Na, es ist wohl heute etwas voll, besonders hier an der Tür. Aber die Deutschen gehen hier viel mit ihren Frauen hin.“

„Schön!“ antwortete sie. „Aber du bist so lieb und bringst deine Frau nach Hause, es ist schon spät.“

„Und wann wirst du zu mir ziehen?“

„Vielleicht nächste Woche, wir sprechen noch darüber.“

In der Hochbahn, die sie wieder nach Norden brachte, saßen sie sich stillschweigend gegenüber, und sie lächelte, wenn er sie ansah. Aber im Hausflur, als er von ihr Abschied nahm, versprach sie ihm alles, was er wollte. Und sie sollte sich nicht von Annie beschwätzen lassen — das rief er ihr noch zuletzt zu.

9.

„Hier sollen wir wohnen?“ fragte Martha enttäuscht. „Aber es ist ja ganz dunkel!“

„Nur das Schlafzimmer,“ sagte Frau Wels. „Vorne ist es so schön hell. Eine bessere Wohnung können Sie schon gar nicht finden, glauben Sie mir. Und gleich um die Ecke sind Sie auf dem Tompkins Square, es gibt ja so wenig grüne Plätze hier unten in der Stadt.“

„Ach, ich bin so mutlos. Wenn ich daran denke, wie fein und still diese Roberts leben. Da ist kein Lärm auf der Straße, da wimmelt es nicht von Kindern —“

Frau Wels lachte giftig, säuerlich. „Ja, die reichen Leute — wenn man doch nur auch erst soweit wäre.“

Und sie begann von ihrem Bruder und ihrer Schwägerin zu erzählen, die ein Dienstmädchen hielten und sich bedienen ließen. Aber ihr Mann unterbrach sie.

„Weißt, Alte, weniger als jetzt kannst scho gar net tun — du mußt dir dann scho jemand halten, der sich für dich in den Schaukelstuhl setzt und deine Romane liest.“

Wels schämte sich seiner Frau und half sich über dieses Gefühl weg, indem er sich über sie lustig machte. „Na, Sie san ja scho verheirat“, fügte er, zu Wittkamp gewandt, hinzu, „sonst würd i sagen, heiraten S' nie. Die Weiber hier zu land — Sie sehn ja meine Alte!“

Und er nahm eine komische Märtyrermiene an und schaute hilfeflehend nach Martha hinüber, die selber lachen mußte. Frau Wels aber, die wußte, daß sie neben ihrem Mann so alt aussah, verzog ihren Mund zu einem süßhaften Lächeln und schlug die Augen nieder.

„Also die Wohnung können S' scho nehmen“, fuhr Wels fort. „Wenigstens einstweilen, bis Sie was besseres gefunden haben. Hier in Neuyork können S' ja jede Woch'n umziehn, wann Sie Lust haben.“

Martha war im Innern unruhig und ängstlich. Ihr gefiel das alles nicht, besonders weil sie jetzt mit den Wels in einem Hause wohnen sollte. Diese Frau würde immerfort zu ihr in die Wohnung kommen mit ihren Klagen und ihrem Geschwätz, mit ihren Ratschlägen und Warnungen. Sie kam ihr wie eine Hexe vor mit dem verkniffenen Gesicht und den lauernden, demütigen Augen.

Aber Herr Wels hatte eine Art, in ruhiger, freundlicher Weise alle Einwendungen zu beseitigen, daß man gar nichts mehr zu sagen wußte. Und da sie an Richards Blicken sah, wie sehr ihm daran lag, nur endlich zu einem Abschluß des Wohnungssuchens zu kommen, gab sie nach. Sie schämte sich auch ihrer ewigen, kindischen Furcht, zu der jetzt am wenigsten Veranlassung war, denn Richard hatte sich in diesen wenigen Tagen sehr zu seinem Vorteil verändert. Er schien zufrieden mit seiner Arbeit, er war selbstbewußt und guter Laune.

(Fortsetzung folgt.)

er an sie die Mahnung zur Pflichterfüllung richten müssen, doch stets, wie wir unzählige Male vorausgesagt haben, ohne den geringsten Erfolg. Das ist nicht erstaunlich; den die landwirtschaftlichen Organisationen haben ständig zur Verweigerung der Ablieferung aufgefordert, haben alles getan, um die Getreideversorgung so zu erschüttern, daß sie mit Aussicht auf Erfolg den Kampf um die völlig freie Wirtschaft aufnehmen konnten. Ueber die Mahnworte der Behörden machen sie sich deshalb lustig. In den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft schrieb z. B. am 23. April ein Herr von Förster höhnend, daß der Appell an das vaterländische Pflichtgefühl der Landwirte längst seine Wirkung verloren habe, daß dieser Appell von einem ungewöhnlichen Maß von Ahnungslosigkeit zeuge.

In welchem Umfange der Ablieferungsstreik Wirkung gehabt habe, wird von der Regierung peinlich verschwiegen, sie stellt sich damit schützend vor die Ernährungssabotage der Agrarier. Selbst in der Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfes verheimlicht sie die Zahlen über die im letzten Jahre an die Reichsgetreidestelle abgelieferten Getreidemengen, verheimlicht sie, weil sie die unglaublichste Verantwortungs- und Gewissenlosigkeit der Landwirtschaft erkennen lassen. Während im Jahre 1919 bis zum 26. April noch 3 250 000 Tonnen Roggen und Weizen abgeliefert wurden, ging die Ablieferung in derselben Zeit des Jahres 1920 auf 1 730 000 Tonnen zurück und sank im Jahre 1921 um 72 Prozent, während der Ertrag der Getreideernte seit 1913 überhaupt nur um 46 Prozent zurückgegangen ist.

Die Grundtendenz des Entwurfes ist die völlig freie Wirtschaft, verbunden mit wesentlich höheren Preisen. Man hat zwar nicht den Mut, das eine noch das andere offen zuzugeben, wagt es aber auch nicht, diese Wirkungen in Abrede zu stellen. Kennzeichnend für die verschlungenen Wege, auf denen man diesem Ziele nahezukommen sucht, ist die bereits neulich von uns erwähnte Tatsache, daß der Entwurf keine Angabe von Preisen enthält, und nur in der Begründung ganz vorsichtig die Preisfrage behandelt. Während aber eine Denkschrift der Reichsgetreidestelle sich auf den den Landwirten keinerlei Opfer auferlegenden Standpunkt stellt, daß der Umlagepreis nur die Produktionskosten bei normaler Bewirtschaftung decken müsse, läßt die Begründung der Regierung zu dem Gesetzentwurf erkennen, daß die von ihr in Aussicht genommenen Preise auch für das Umlagegetreide „die Wirtschaftlichkeit des Getreideanbaues noch gewährleisten sollen". Darnach ist also die Eröffnung neuer riesiger Gewinnmöglichkeiten für die Landwirtschaft geplant. Während die Produktionskosten sich höchstens auf 1500 bis 1600 Mk. für die Tonne Getreide belaufen, wird der Preis für Getreide im freien Handel mit Sicherheit nahe an den Weltmarktpreis heranreichen also zwischen 3500 bis 4000 Mk. betragen. Damit würden die Landwirte für den größten Teil ihrer Getreideerzeugung einen Mehrertrag von etwa 150 Prozent erzielen, wozu noch die nicht unbeträchtlichen Gewinne bei dem Umlagegetreide treten würden.

Diese ungeheure Begünstigung der getreideerzeugenden Bevölkerung, die nur durch eine Steigerung der Notlage der Massen möglich wäre, ist die Ursache für das Schweigen der Regierung über ihre Absichten in bezug auf die Preisfestsetzung. Um diese Absicht zu erschweren, ist es deshalb dringend notwendig, daß über die Preise für Getreide und über die Form der Bewirtschaftung gleichzeitig entschieden wird. Diesen Standpunkt hat auch der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats eingenommen. Die sofortige Festsetzung der Preise für Umlagegetreide ist um so notwendiger, als der Vorschlag der Regierung darauf hinausläuft, den durch Umlage nicht erfaßten Teil der Erzeugung für den Handel freizugeben.

Würde das geschehen, so würde in Wirklichkeit die Menge, die durch das Umlageverfahren aufgebracht werden soll, nie eingehen. Denn genau wie die landwirtschaftlichen Organisationen bisher zu Liefer- und Steuerstreik aufgefordert haben, genau so werden sie auch weiterhin die behördliche Erfassung, wenn auch nur eines Teiles der Erzeugung, zu verhindern suchen, sofern nicht eine starke Staatsgewalt sie daran hindert. Das Umlageverfahren ändert nichts an dem bisherigen Versagen der Erfassung, verschleiert und befördert dagegen den Zusammenbruch der Brotversorgung. Die in dem Entwurf vorgesehenen Kontroll- und Haftungsbestimmungen sind völlig unwirksam, besonders nachdem der Reichsrat die ursprünglich in Aussicht genommene Haftung der Länder aufgehoben hat. Es fehlen also jetzt alle Machtmittel, um den Vorschriften Beachtung zu verschaffen, wenn Hunderttausende von Erzeugern dagegen handeln.

Der Gesetzentwurf der Regierung ist also nichts anderes, als die Einführung des völlig freien Verkehrs mit Getreide. Das aber bedeutet, daß die minderbemittelte Bevölkerung eine ungenügende, teure und schlechte Versorgung mit Brot erhalten würde, die besitzende dagegen eine gute und ausreichende. Es würde sich also wiederholen, was wir bereits bei Fleisch und Milch erfahren haben: die Massen müssen ihren Verbrauch einschränken, während die Besitzenden ihn ausdehnen können.

Es gibt deshalb gegenwärtig für die Sicherstellung der Brotversorgung der minderbemittelten Bevölkerung nur den von den freien Gewerkschaften, der Afa und dem Beamtenbund empfohlenen Weg. Solange wir nicht die Möglichkeit haben, eine ausreichende Reserve aus ausländischem Getreide anzusammeln, und den Preis des inländischen Getreides zu drücken, muß an der bisherigen Zwangswirtschaft festgehalten und durch Verschärfung der Erfassungsvorschriften und der Kontrolle die ausreichende Ablieferung erzwungen werden.

Ein neuer Blaubart.

Zehn Frauen ermordet.

In Paris wird demnächst ein Mann abgeurteilt werden, der beschuldigt ist, zehn Frauen ermordet zu haben, und dem man doch nichts nachweisen kann. Er hat nämlich diese zehn Frauen so gründlich ermordet, daß nichts mehr von ihnen übrig geblieben ist, kein Haar und keine Haarnadel. Zu einer vollständigen Mordaffäre gehören aber mindestens zwei Parteien: der Mörder und der Ermordete, der, um ermordet zu sein, eine Leiche hinterlassen haben muß. Läßt sich diese Leiche nicht nachweisen, hat sie niemand gesehen, so kann der Angeklagte sagen: Bitte, mit dem größten Vergnügen, aber beweisen Sie mir erst, ob die Person, die ich ermordet haben soll, überhaupt tot ist.

Das ist die berühmte Sache Landru, die seit zwei Jahren die französischen Gerichte beschäftigt, aber immer wieder hinausgeschoben wird. Ein paar Worte darüber können auch den deutschen Leser interessieren; es ist dazu gar nicht nötig, alle zehn Fälle zu schildern, sie ähneln sich so, daß ein Modell für alle genügt.

Landru ist 40 bis 50 Jahre alt, ein kleiner, schwächlich aussehender Mann mit Glatze und großem schwarzen Vollbart. So ungefähr der Typus des bescheidenen französischen Rentiers oder Kaufmanns. Er ist verheiratet, hat Kinder, lebt aber von den Seinen getrennt und ernährt sich von kleinen Geschäften, Kommissionen oder so etwas. Hin und wieder hat er auch schon gesessen.

In den letzten Jahren hatte er sich auf den Heiratsschwindel verlegt, und das ist dann regelmäßig so verlaufen: Er machte sich durch Zeitungsannoncen oder andere Gelegenheiten an eine etwas ältliche Dame heran, die über ein kleines Vermögen verfügte, sei es ein Sparkassenbuch oder ein paar Zimmer mit Möbeln. Mit der Erkorenen lebte er nach französischem Brauch einige Wochen zusammen, wie Gatte und Gattin. Wenn er sie sicher gemacht hatte, nahm er ihr das Sparkassenbuch weg oder verkaufte die Möbeln sehr günstig und lud dann seinen Schatz ein, mit ihm auf einen Tag in sein kleines Landhaus vor der Stadt zu kommen. Er hatte nämlich in Gamblais ein Häuschen, hübsch einsam und lauschig.

Und in Gamblais wiederholte sich nun jedesmal folgendes: Die Nachbarn sahen, wie der schwarzbärtige Mann mit seiner Dame ankam, und wie die beiden am Nachmittag sich im Garten zärtlich mit einander zu schaffen machten. Abends schlossen sie sich in dem Häuschen ein, und die ganze Nacht über war es still. Aber am nächsten Morgen bemerkten die Nachbarn, daß aus dem Schornstein des Landruschen Hauses stundenlang ein schwarzer, widerlich riechender Rauch herauskam. Dort wurde etwas verbrannt, und etwas sehr Umfangreiches und Fettiges mußte es sein.

Das ging so ungefähr acht- bis zehnmal.

Die Damen, die Landru so behandelte, hatten nie Verwandte ... er war darin sehr vorsichtig. Nur einmal hatte er diese Vorsicht außer acht gelassen, und in diesem Falle stellten die Verwandten der Verschwundenen Nachforschungen an. Die Spuren führten nach Gamblais, bis an den Ofen der kleinen Villa, und daraufhin wurde Landru verhaftet, der gerade damals zu einer neuen Sparkassendame in Beziehung getreten war.

Die ist also mit einem blauen Auge davongekommen, aber dafür wurde nun ein Fall nach dem andern aufgedeckt, eine ganze Kette von Fällen, die sich durch zwei Jahre hindurchzog. Die Nachbarn machten ihre Aussagen, es meldeten sich auch einige Frauen, an die sich Landru herangemacht hatte, die aber dem furchtbaren Bartmenschen nicht in die Falle gegangen waren. Und Landru wurde des zehnfachen Mordes angeklagt. Man nimmt an, daß er alle diese verschwundenen Frauen in das Landhaus gelockt, dort vermutlich erwürgt, und ihre Körper verbrannt hat.

Schön. Das alles mußte nun aber erst bewiesen werden, und eine wahrhaft ungeheure Untersuchung begann. Die ganze Gegend von Gamblais wurde umgegraben, alle Teiche und Seen abgelassen und ihr Grund durchwühlt; Polizeihunde auf Kilometer ausgesandt. Und es fand sich nichts: Landru muß ein Virtuose der Verbrennungskunst gewesen sein. Das heißt, hin und wieder entdeckte man doch etwas: ein paar verkohlte Knochen fanden sich schon, aber die Sachverständigen sind sich noch nicht einmal klar darüber, ob es Menschenknochen sind. Auch einige Fetzen weiblicher Kleidung wurden ausgegraben, aber niemand kann beschwören, ob diese Stücke zu irgend einer der Vermißten gehören. Und dann ist in Landrus Besitz ein kleines Notizbuch gefunden worden, das in chiffrierter aber wieder entzifferter Schrift über alle seine weiblichen Beziehungen Buch führte. In diesem Buch sind die Namen aller Verschwundenen aufgeführt, ebenso die Daten der reizenden Ausflüge nach Gamblais. Und dieses Buch ist das einzig greifbare Indizium, das gegen ihn aufgebracht worden ist.

Landrus Verteidigungsmethode ist diese: Er leugnet nicht im geringsten, daß er mit den Verschwundenen in Beziehung gestanden hat, und daß seine Absicht war, ihnen ihre Habe abzuknöpfen. Aber auf die Anklage des Mordes antwortet er mit der Bitte, man möge ihm zunächst einmal die Leichen der Opfer zeigen. Von Ermordung sei keine Rede. Die betrogenen Damen hätten sich von selbst aus dem Staube gemacht, und sich später geschämt, öffentlich ihre Blamage zuzugestehen: wer weiß, wo sie in dem Wirbel der Zeit hingerissen seien! Diese Erklärung oder Ausflucht klingt angesichts der großen Zahl der Fälle etwas zynisch, aber sie wird weniger unwahrscheinlich, wenn man hört, daß während des Krieges und der Waffenstillstandszeit in Frankreich ungefähr 20 000 Zivilpersonen spurlos verschwunden sind. Viele Frauen und Mädchen haben sich in den Kneipen und Bordellen Nordfrankreichs verloren und sind dann ihren Herzallerliebsten über das Meer gefolgt.

Seltsame Einzelheiten setzen ihre Lichter auf das unheimliche Abenteuer. Landru war ein sehr sparsamer Mann, und wenn er mit einem neuen Opfer von dem Pariser Bahnhof nach Gamblais abfuhr, wo die Abschlachtung vor sich gehen sollte, so löste er nur für sich ein Retourbillett, für seine Dame aber eine einfache Fahrkarte, denn sie sollte drüben bleiben, und das war eine Ersparnis von immerhin zwei Franken.

Eines Tages haben die Nachbarn beobachtet, wie Landru und die gerade fällige Braut in der Nähe des Hauses trockenes Holz sammelten. Offenbar hatte er für die Verbrennung nicht genügend Heizmaterial beisammen, und hatte seine Liebste gebeten, ihm ein bißchen behilflich zu sein.

Ein anderes Mal war er vorausgereist und schrieb an die nachkommende Dame, sie möchte ihm doch aus Paris einen Sack Holzkohlen mitbringen. Die Unglückliche schleppte wirklich die Kohlen herbei, mit denen sie bald eine nur zu gute Bekanntschaft machen sollte.

Nun steht aber fest, daß ein Mann, der das fertig bekommt, nicht der erste beste sein kann, daß er irgend welche verführerische Eigenschaften besitzen muß. Und in der Tat, alle die Frauen, mit denen er zu tun gehabt hat (und die noch aussagen können), erzählen, daß Landru ein ganz entzückender Mann gewesen ist, unterhaltend, rücksichtsvoll und von größter Ritterlichkeit. An den Sonntagen ging er mit seiner Liebsten erst in die Kirche, dann besuchte man ein kleines Restaurant, und abends wurde musiziert. Seine schöne Stimme rühmen sie alle.

---

13. Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportkongreß.

München, 13. Mai 1921.

k. v. Am 13. Mai begannen im festlich geschmückten Saal des Arzberger Kellers in München die Verhandlungen des 13. Bundestages des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. 190 Delegierte und zahlreiche Gäste nahmen an der Tagung teil. In seiner Eröffnungsansprache wies der Bundesvorsitzende Gellert-Leipzig auf die sehr erfreuliche Entwicklung des Bundes hin, der heute 475 000 Mitglieder in 4575 Vereinen hat. Allerdings müsse auch dahin gestrebt werden, diese Mitglieder zu bewußten Kämpfern für die Bewegung zu machen. Der vom Arbeiter-Wassersport-Verband beschlossene Uebertritt zum A. T. u. Sp.-B., an dessen Durchführung jetzt gearbeitet wird, möge von guter Vorbedeutung für den Zusammenschluß der gesamten Arbeitersportbewegung sein.

Nach etlichen Begrüßungsansprachen begannen die sachlichen Verhandlungen. — Ein Antrag Berlin-Brandenburg, der der Tagesordnung ein Korreferat des Kommunisten Paul Weyer über die Stellung der Arbeiter-Sportorganisation in der proletarischen Revolution hinzufügen wollte, wurde nach kurzer Debatte gegen 20 Stimmen abgelehnt. — Dem Geschäftsbericht Gellerts war zu entnehmen, daß 186 000 Mitglieder des A.-T.- u. Sp.-B. im Kriege gewesen sind, von denen 35 000 ihre Leben lassen mußten. Die Trennung gegen die bürgerlichen Vereine wird scharf durchgeführt. Die Wahl politischer Zeitungen an Stelle der Fachblätter zu Publikationsorganen für lokale Sportvereinigungen wird verurteilt. Die Deutsch-Oesterreicher haben um ihre Wiederaufnahme in den Bund ersucht, indessen sind die Schwierigkeiten infolge der staatlichen Trennung und der noch so viel ungünstigeren Wirtschaftslage und Valuta Deutsch-Oesterreichs so groß, daß nur eine vor sehr freundschaftliche, aber doch lose Verbindung möglich ist. Die Bundeszeitschriften für die Jugend und die Frauen sollen wieder erscheinen und eine neue Zeitschrift „Moderne Körperkultur" herausgegeben werden. Durch den Zusammenschluß mit den Wassersportlern wird der Bund die Mitgliederzahl von einer halben Million überschreiten. — Ueber die gewerkschaftlichen Unternehmungen des Bundes, den Verlag, die Druckereipläne usw., berichtete Schubert eingehend. Die Kontrolle beantragte für die musterhafte Führung der Geschäfte Entlastung. — Das Verlangen der Münchener Polizei, daß alle nicht bayerischen Kongreßteilnehmer sich bei ihr persönlich melden sollen, wurde ohne Rücksicht auf die Folgen, als der Reichsverfassung widersprechend, einstimmig abgelehnt. Wiederholte Versuche der Minderheit, dem nur als Gast anwesenden Führer der kommunistischen Opposition, Weyer, das Wort zu verschaffen, scheiterten.

Der Konflikt des Kongresses mit der Münchener Polizei führte zu Verhandlungen, bei denen sich die Polizei mit einer schriftlichen Kollektivanmeldung halb und halb einverstanden erklärt hat. — Am 2. Verhandlungstage wurde die Versammlung von dem 1. Bürgermeister Münchens, Genossen Schmidt, sowie von zwei Münchener Stadträten herzlich begrüßt und die Sympathie der Gemeinde mit ihren Bestrebungen ausgesprochen. — Nach Beendigung der Aussprache über die inneren Verbandsgeschäfte, in der es zu einigen Auseinandersetzungen mit der kleinen kommunistischen Minderheit gekommen war, referierte Gellert über die Stellung zu den bürgerlichen Sportverbänden und zu den staatlichen Einrichtungen. Er beschäftigte sich in der Hauptsache mit der grundsätzlichen Haltung des Bundes, der nach wie vor jedwede Gemeinsamkeit mit bürgerlichen Turn- und Sportverbänden ablehnt und seinen sozialistischen Charakter betont, im übrigen aber jedes Hineintragen der Streitigkeiten zwischen den Arbeiterparteien unbedingt ablehnt. — Die geplante Wiederherausgabe der „Freien Turnerin" und die beabsichtigte Gründung eines Jugendorganes hängen davon ab, daß beide mindestens 25 000 Abnehmer gewinnen, da sonst die Kosten modern illustrierter Zeitschriften nicht gedeckt sein würden. Die an beide Referate anschließende Debatte brachte stellenweise recht lebhafte Auseinandersetzungen mit den Kommunisten.

In ausführlichster und gründlichster Weise referierte Bundesturnwart Benedix über „Technische Aufgaben, Bundeskurse und Bundesschule". Die Arbeitnehmer nehmen jetzt auch an den Staatskursen teil, wenn auch die Teilnahme von Arbeitern dadurch erschwert ist, daß sie natürlich nicht ohne Zuschüsse eine bis drei Wochen lang der Arbeit fern bleiben können. Merkwürdig ist es, daß an den verschiedenen deutschen Landesturnanstalten ganz verschiedene Lehrsysteme in Gebrauch sind. Durch den Ausbau der in Leipzig bestehenden eigenen Bundesschule, der auch bereits Uebungsklassen angegliedert sind, hofft der Bund mit der Zeit das ganze Ausbildungswesen selbst in die Hand nehmen zu können. Schon jetzt haben seine eigenen Kurse und Uebungsstunden eine Teilnehmerzahl von 300 000 aufzuweisen. Eine systematische Pflege des Frauenturnens ist durch einen besonderen Kursus eingeleitet worden und auch dem Jugendturnen wird die größte Aufmerksamkeit zugewendet. — In der Debatte spielte u. a. die durch verschiedene Anträge behandelte Frage der Verteilung von Diplomen, Kränzen und sonstigen Auszeichnungen bei Wettkämpfen innerhalb des Bundes eine große Rolle. Die Abstimmung ergab jedoch die Ablehnung sämtlicher Anträge, d. h. es bleibt bei dem heutigen Zustand, wonach es jedem Bezirk und Kreis überlassen ist, ob er Diplome verteilen will oder nicht. — Ueber die Organisierung des Fußballspiels im Bunde berichtete Bundesvorstandsmitglied Koppisch in einem interessanten Vortrag. Unter den 475 000 Bundesmitgliedern sind nicht weniger als 30 000 Fußballspieler, denen eine weitgehende finanzielle und administrative Selbständigkeit im Bunde gewährt werden dürfte.

Am Schlußtag wurden zunächst die Anträge über das Fußballwesen erledigt. Der einheitliche Bundesbeitrag wurde auf 1 Mk. im Jahre festgesetzt. Ein gedankenreiches und eindrucksvolles Referat über die Jugenderziehung und die besonderen Aufgaben der Arbeiterturn- und Sportbewegung in ihr erstattete Jeuthe-Dessau. — Das Bundesfest wird vom 22. bis 25. Juli in Leipzig abgehalten. Eine eigene Festzeitung erscheint ab 1. September und aus ihr soll sich die Zeitschrift „Moderne Körperkultur" entwickeln. Ueber die Sport-Internationale der Arbeiter berichtete Wildung. Bekanntlich war es bei diesem Thema auf dem Sportkongreß in Jena zu stürmischen Szenen gekommen, da die Kommunisten die in Luzern gegründete Internationale als eine Gelbe hingestellt haben. Die in Jena beschlossene Verlegung der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege nach Berlin unter Anstellung eines besoldeten Sekretärs bleibt bis zur Verschmelzung der deutschen Sportverbände in Schwebe. Die Internationale hat ihren Sitz in Brüssel, Sekretär ist Bridoux. Das Verlangen der Kommunisten, ein Gegenreferat erstatten zu können, wurde abgelehnt und von einer Diskussion abgesehen.

Zu besoldeten Mitgliedern des Bundesvorstandes wurden teilweise wiedergewählt: Gellert (1. Vorsitzender), Schubert (Verlagsleiter), Ranke (Kassierer), Wildung (Redakteur), Kreuzburg (Sportwoche), Benedix (Bundesturnwart), Koppisch (Sportwart), Bühren-Elberfeld (2. Techn. Leiter). Der nächste Bundestag findet 1923 in Cassel statt. — Den Rest der Tagung füllte die Beratung zahlreicher Anträge zu den Statuten aus. — Unmittelbar vor Schluß der Tagung gaben die Kommunisten eine Erklärung ab, worin sie behaupten, daß durch die Art der Geschäftsführung ihnen die Vertretung ihrer Ansichten unmöglich gemacht worden sei; durch diese nicht objektive Leitung sei die Einheit des Bundes nicht gefördert worden. Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung sei eine historisch bedingte Begleiterscheinung im Kampf der Klassen und ihre Auswirkung könne in der Arbeitersportbewegung nicht durch Mehrheitsbeschluß unterbunden werden. — Da die Kommunisten an den Debatten reichlich Anteil genommen hatten, entfesselte dieser Angriff auf die Geschäftsleitung heftige Entrüstung. Fischer-München wies den Angriff scharf zurück. — Ein dreifaches „Frei Heil" und der Gesang von „Die Freiheit hoch in Ehren" beschloß die Tagung.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Protest!

Es ist ja ganz gleich gegen wen, die Hauptsache ist, daß das in so ungewöhnlich glücklichen Verhältnissen lebende deutsche Volk durch irgend etwas Abwechselung erhält. So denkt offenbar der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, wenn er zu einem Protest gegen die „Anzeichen der umgehenden Absicht der Arbeitgeber, die Gehälter der kaufmännischen Angestellten abzubauen" aufruft. Der Großhandels- und Kleinhandels-Tarif ist gerade mit einer Erhöhung für die Angestellten unter Dach und Fach, und die Industrie befand sich zur Zeit des Erscheinens dieses Protestes gerade in Unterhandlungen wegen einer von den Angestellten geforderten Erhöhung ihrer Gehälter. Wie man trotz der sichtbaren Beweise des Gegenteils nun zu einer Protestversammlung gegen „die Anzeichen der umgehenden Absicht der Arbeitgeber, die Gehälter der kaufmännischen Angestellten abzubauen" aufrufen kann, ist nur erklärlich durch den oben wiedergegebenen Wunsch einer angenehmen Abwechselung, den der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband die Ehre hat, in Szene gesetzt zu haben. Hoffentlich haben sich alle Teilnehmer gut dabei unterhalten; sie können trotz aller gegenteiligen falschen und gänzlich aus der Luft gegriffenen Behauptungen die Ueberzeugung haben, daß z. Zt. weder Industrie, noch Klein- oder Großhandel in ihren führenden Verbänden, Organisationen oder Einzelpersönlichkeiten an einen Abbau der Gehälter denken.

Verband Lübeckischer Kleinhandels-Vereine e. V.